



Protokoll Nr. 39

Sitzung von Donnerstag, 16. September 1999, 17.00 Uhr im Grossratssaal im Rathaus

Vorsitzender:

Präsident Rolf Häberli

Anwesend:

Raymond Anliker	Michael Jordi	Kurt Rüegsegger
Thomas Balmer	Heinz Junker	Erich Ryter
Oskar Balsiger	Esther Kälin Plézer	Annemarie Sancar
Sven Baumann	Regula Keller	Doris Schneider
Margrith Beyeler	Blaise Kropf	Beat Schori
Peter Blaser	Andreas Krummen	Rudolph Schweizer
Markus Blatter	Annemarie Lehmann	Peter Sigerist
Konrad Bossart	Leslie Lehmann	Franco Sommaruga
Annette Brunner	Peter Linder	Sylvia Spring Hunziker
Peter Bühler	Edith Lörtscher	Ernst Stauffer
Michael Burri	Liselotte Lüscher	Ueli Stückelberger
Walter Christen	Anton Maillard	Béatrice Stucki
Marie-Louise Durrer	Irène Marti Anliker	Margrit Stucki-Mäder
Marcel Eyer	Kurt Mäusli	Peter Stucki
Marcel Fankhauser	Elsi Meyer	Hans-Ulrich Suter
Thomas Fuchs	Barbara Mühlheim	Katharina Suter
Verena Furrer-Lehmann	Christoph Müller	Luzius Theiler
Hans Ulrich Gränicher	Edith Olibet	Margrit Thomet
Adrian Haas	Rosmarie Okle Zimmermann	Eva von Ballmoos
Ueli Haudenschild	Bernhard Pulver	Catherine Weber
Ruedi Hofer	Ruth Rauch	Kurt W. Weyermann
Stephan Hügli	Hans Peter Riesen	Hansjörg Wittwen
Urs Jaberg	Heinz Rub	René Zimmermann
Alfred Jordi	Ursula Rudin-Vonwil	Andreas Zysset

Entschuldigt:

Ernst Aebersold	Edith Madl Kubik	Christoph Stalder
Arnold Bertschy	Mario Marti	Michael Straub
Jean-Daniel Flückiger		

Vertretung des Gemeinderats:

Stadtpräsident Klaus Baumgartner
Adrian Guggisberg
Therese Frösch
Alfred Neukomm
Claudia Omar
Kurt Wasserfallen

Entschuldigt:

Ursula Begert

Traktanden

1.	Einbürgerungsgesuche vom 17. August 1999	177
2.	Finanzplan 2000 – 2003	134
3.	Motion Fraktion FDP (Haas/Hügli/Suter): „Anpacken statt jammern“; Sanierung der Stadtfinanzen aus eigener Kraft (Frösch)	182
4.	Voranschlag für das Jahr 2000 (Vortrag sowie Abstimmungsbotschaft) inkl. Produktgruppen-Budgets (FIKO-GPK/Frösch)	149

Die Beratungen werden am 23. September 1999, 15.00 Uhr, fortgesetzt

Ablaufplan Beratung Voranschlag 2000

- 1. Eintretensdebatte**

- FIKO (total)	Redezeit: 30 Minuten
- Fraktionserklärungen	10 Minuten
- Allgemeine Umfrage	5 Minuten
- Gemeinderat (total)	30 Minuten

 - Allfällige Abstimmung über Eintreten
- 2. Steueranlage**
 - Abstimmung über Steueranlage
- 3. Detailberatung des Voranschlags**

gemäss den vorgängig bei der Stadtkanzlei eingereichten Anträgen mit Abstimmung über Anträge

- Einzelvoten höchstens	5 Minuten
-------------------------	-----------

Beratung des Produktgruppenbudgets NSB:

 - Informatikdienste
 - Berufsfeuerwehr
 - Jugendamt
 - Gesundheitsdienst
 - Stadtgärtnerei
 - Schul- und Büromaterialzentrale
 - Strasseninspektorat und Entsorgung
- 4. Schlussabstimmung über Voranschlag 2000**
- 5. Bereinigung und Genehmigung der Abstimmungsbotschaft**

Mitteilungen des Ratspräsidenten

Der *Vorsitzende* gibt den Rücktritt von *Elsi Meyer* (SP) per Ende September 1999 bekannt. Frau Meyer gehört dem Stadtrat seit Januar 1991 an und war fünf Jahre Mitglied der PVK. Sie ist eine engagierte Politikerin und wird auch nach ihrem Austritt politisch aktiv bleiben. Der *Vorsitzende* dankt Elsi Meyer herzlich für die geleistete Arbeit im Stadtrat und wünscht ihr alles Gute für die Zukunft.

Traktandenliste

Die neue Liste wird stillschweigend genehmigt.

Ordentliche Traktanden

1 Einbürgerungsgesuche vom 17. August 1999

Antrag Nr. 177

Gemeinderat und stadträtliche Einbürgerungskommission beantragen, den nachge-
nannten Bewerberinnen und Bewerbern, gestützt auf die einschlägigen Bestimmungen,
das Bürgerrecht der Einwohnergemeinde Bern zuzusichern.

Die Abstimmung ergibt folgendes Resultat:

ausgeteilte Stimmzettel	64
eingelangte Stimmzettel	64
davon leer oder ungültig	-
in Berechnung fallende Stimmzettel	64

Aus Datenschutzgründen dürfen die Namen der Bewerbenden nicht eingesehen werden.

2 Finanzplan 2000 – 2003

Antrag Nr. 134

Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Finanzplan 2000 – 2003.

Fraktionserklärungen

Peter Sigerist (GB) spricht für die Fraktion GB/JA!: Nun haben wir einen Finanzplan 2000 – 2003, der eine wichtige Besonderheit hat: er ist zugleich ein Sanierungsplan bzw. ein Antrag an den Regierungsrat gemäss Art.137 des Gemeindegesetzes; darin ist im Besonderen anzumerken, dass die Abschreibungsfristen der aufgelaufenen Bilanzfehlbeträge anzuschauen sind. Nach der altrechtlichen Regelung können wir die Rückzahlung dieser Fehlbeträge ver-

handeln, die Frist beträgt momentan zwischen 16 und 20 Jahren, vermutlich eher 16 Jahre. Die neurechtlichen Fehlbeträge müssen jedoch laut neuem Gesetz innert acht Jahren abbezahlt sein. Dies hat auf die Debatte über den Voranschlag und die Vorstösse heute Abend Auswirkungen. Der Finanzplan hat auch die Resultate des Runden Tisches integriert, soweit dies möglich war. Er war ja nur teilweise erfolgreich, und ein Kernstück davon, die Feuerwehrrersatzabgabe, wurde nach dem Ausscheren der Bürgerlichen auf der Einnahmeseite vom Souverän abgelehnt. Weil es nicht möglich war, gemeinsam aufzutreten, entfällt nun diese Abgabe. Der Finanzplan begründet unseres Erachtens überzeugend, weshalb wir nun wegen der fehlenden Einnahmen aus der Feuerwehrrersatzabgabe eine Steuererhöhung brauchen. Der Plan kennt notwendigerweise ein paar Unsicherheiten: Wie weit sich zum Beispiel die kantonale Steuergesetzrevision auswirkt, ist heute noch offen und lässt sich im Detail nicht einschätzen, da die zweite Lesung im Grossen Rat noch gar nicht stattgefunden hat. Was schlussendlich mit dem Kanton in den zentralen Punkten dieses Sanierungsantrages ausgehandelt werden kann, ist Sache von Verhandlungen. Problematisch für die GB/JA!-Fraktion sind die in Aussicht gestellten Desinvestitionen, die nur eventuell und an nicht bestimmten Stellen angesetzt werden, aber auch die bereits zurückgefahrenen Investitionen – denn noch sind wir konjunkturpolitisch gesehen nicht über dem Berg – wegen des langanhaltenden Spardruckes. Ein Teil dieses Rates will ja nie wahrhaben, dass faktisch gespart worden ist und wir uns grössere Investitionen vorenthalten haben. Ich denke da insbesondere an Schulhäuser, deren Sanierung überfällig wäre, die jedoch nicht in dieser Investitionsplanung enthalten sind. Wir haben mehrmals über die Frage, was die Verschuldung für die zukünftige Generation bedeutet, diskutiert; und hier kann man nun an einem konkreten Beispiel zeigen: Was bringt es der nächsten Generation, wenn wir ihnen zwar keine Schulden, dafür aber verlotterte Schulhäuser hinterlassen? Ich glaube, die Hardware in der Bildung ist ebenso wichtig wie die Software, und wenn wir sie verkommen lassen und gleichzeitig bei der Software vom Kanton her Sparmassnahmen ergriffen werden, ist dies kein guter Generationenvertrag und wir schaffen auf diese Art kein Vertrauen bei der Jugend. Der Kanton, der ja immerhin von der Stadt über das sogenannte Schröpfgesetz jährlich fünf Millionen Franken für die Sanierung seiner Finanzen erhält, muss unseres Erachtens diesem Antrag zustimmen, damit die Stadt ihre strukturellen Probleme einigermaßen lösen kann. Unsere bereits öffentlich gewordenen Schwierigkeiten in den Verhandlungen mit dem Kanton zeigen, dass diese Einigung kein Spaziergang wird. Unserer Meinung nach muss der Stadtrat deshalb geschlossen die Interessen der gesamten Stadtbevölkerung gegenüber dem Kanton vertreten, wenn die Stadt dem übergeordneten Gemeinwesen nicht unter die Räder kommen will. Wir müssen heute auch mit der Kenntnisnahme und Unterstützung dieses Sanierungsplanes dem Gemeinderat in diesen Verhandlungen den Rücken stärken. Diejenigen, welche diese zentrale Auseinandersetzung in den vergangenen und vor allem in den kommenden Jahren immer noch verharmlosend als Ablenkungsmanöver von den eigentlichen Problemen qualifizieren, verstehen entweder nicht, was real abläuft, oder lenken selber ab von der Notwendigkeit, hier eine gemeinsame Politik zu entwickeln, um die städtischen Interessen effizient und wirkungsvoll vor dem Regierungsrat zu vertreten. Wir nehmen den Finanzplan so weit positiv zur Kenntnis, mit den erwähnten kritischen Bemerkungen.

Für die FDP-Fraktion spricht *Adrian Haas* (FDP): Dieser Finanzplan zeigt unmissverständlich, dass zusätzliche Sparmassnahmen unumgänglich sind. Die Stadt lebt heute und auch in Zukunft über ihre Verhältnisse, und eine Gesundung der Finanzen ist nicht in Sicht. Im übrigen ist dieser Finanzplan unbrauchbar und eine Hochstapelei. Ich werde Ihnen sagen, warum:

1. Die Finanzplanung geht bereits von einer Steuererhöhung auf 2,4 aus. Wir wissen jedoch alle, dass eine Steuererhöhung vom Volk nicht akzeptiert würde.
2. Die Neuordnung des Finanz- und Lastenausgleiches ist noch nicht unter Dach. Ob die Agglomerationsgemeinden der Stadt zusätzliche 20 Millionen Franken geben werden, werden wir anhand der Grossratsdebatten sehen. Das ungeschickte öffentliche Vorgehen der Gemeinderätinnen Frösch und Omar im Zusammenhang mit der Berufsschulfinanzierung hat verschiedene Grossräte verärgert und dürfte einer wohlwollenden Behandlung dieser Vorlage im Grossrat alles andere als förderlich sein.

3. Die Anteile an den Mineralöl- und Motorfahrzeugsteuern, wie auch die Erträge aus der LSVA, stehen noch nicht fest. Der Bericht des Regierungsrates zur Strassenrechnung und die Anträge zum weiteren Vorgehen liegen noch nicht vor. Die sieben Millionen sind somit nicht gesichert.
4. Ob die sogenannte Portfolioanalyse bzw. die daraus resultierenden Strukturveränderungen wirklich zehn Millionen Franken bringen werden, weiss heute niemand. Es fehlen jegliche verbindlichen Beschlüsse. Die Portfolioanalyse ist im übrigen ein Instrument der Privatwirtschaft, das sich nicht ohne weiteres auf die Verwaltung übertragen lässt. In der Privatwirtschaft versteht man darunter eine Optimierung der Produktpalette mit Rücksicht auf die Lebensdauer der Produkte. Das Ziel ist, die Ressourcen in diese Bereiche zu lenken, wo die Marktaussichten besonders vorteilhaft sind und das Unternehmen seine Stärken ausnützen kann. Man kann sich fragen, was solche Analysen bringen, wenn die Politik die beschränkten Ressourcen fehlleitet; Stichwort Fuss- und Veloinitiative, Trottoirabsenkung.
5. Ob der Kanton akzeptieren wird, dass die Buchgewinne aus der Übertragung von Liegenschaften, der Gymnasien und dem Seminar Marzili, zum Stopfen der Löcher in den laufenden Budgets bzw. zur Verhinderung neurechtlicher Bilanzfehlbeträge genutzt werden können, ist höchst zweifelhaft. Die FIKO wurde heute mit einem Schreiben orientiert, wonach der Kanton solche Machenschaften nicht akzeptiert. Die wahre Finanzsituation werde verschleiert und im Übrigen werde das Gemeindegesetz, das eine Unterscheidung trifft zwischen den alt- und neurechtlichen Bilanzfehlbeträgen ganz einfach umgangen.
6. In doppelter Hinsicht fragwürdig ist das Jonglieren mit den sogenannten Gewinnen, die aus der Fusion von EWB und GWB im Umfang von 80 Millionen Franken kommen sollen. Wie mit diesen Unstrukturierungen ein solcher Gewinn entstehen soll, ist mir schleierhaft. Ich bitte die Finanzdirektorin, uns hierzu noch Detailangaben zu liefern. Selbst wenn ein solcher Buchgewinn entstehen würde, dürfte er nur zur Abtragung der altrechtlichen Bilanzfehlbeträge verwendet werden und nicht zur Stopfung neu entstandener Defizite. Die entsprechenden Vermögenswerte in EWB und GWB sind auch in der altrechtlichen Periode entstanden und können dementsprechend nicht zur Beschönigung des neuen Budgetdefizits dienen.

Damit ist klar nachgewiesen, dass der vorgelegte Finanzplan auf falschen und unsicheren Grundlagen beruht. Es entstehen heute und in Zukunft selbst dann, wenn die Neuordnung des Finanz- und Lastenausgleiches den Wünschen der Stadt entsprechen würde, Defizite von jährlich ungefähr zwischen 40 und 60 Millionen. Wir können einem solchen Finanzplan nur mit Kopfschütteln begeben, da wir heute nicht abstimmen können.

Ueli Stückelberger (GFL) für die GFL/EVP-Fraktion: Die Fraktion GFL/EVP nimmt den Finanzplan 2000-2003 zur Kenntnis, im Ganzen gesehen stehen wir hinter dem Plan, auch wenn einige wichtige Vorbehalte anzubringen sind, die ich jetzt erläutern möchte:

Zuerst möchte ich der Verwaltung für die Ausarbeitung des Planes danken, er ist gut aufgemacht, klar und übersichtlich, die notwendigen Erklärungen des Gemeinderats sind ersichtlich und als Entscheidungsgrundlage für die Fraktionen sehr gut brauchbar. Ich komme da zu einem andern Urteil als die FDP-Fraktion. Der Finanzplan, der uns jährlich vorgelegt wird, ist ein wichtiges Instrument, um die finanziellen Tendenzen für die nächsten Jahre sowie die Absichten des Gemeinderats zu sehen. Es ist aber auch eine Gelegenheit für die Fraktionen, einen Standpunkt zur allgemeinen finanziellen Situation der Stadt Bern zu beziehen. Es ist uns allen klar, dass die finanzielle Lage nicht rosig ist, sie ist vielmehr alarmierend und es sind verschiedene Massnahmen erforderlich. Die Stadt hat 325 Millionen Schulden; da die neuen Schulden innerhalb von acht Jahren abzuschreiben sind, besteht ein beträchtlicher Handlungsbedarf. Unsere Fraktion anerkennt, dass die Stadt viel unternimmt und auch nicht nur selbst schuld an der Ausgangslage – den hohen Schulden – ist. Der Einbruch der Steuern, weniger Steuerzahlende in der Stadt Bern, nicht abgewälzte Zentrumslasten, die die Stadt nicht einfach so beeinflussen kann. Wir wollen auch positiv würdigen, dass man im Budget 2000 20 Millionen des Bilanzfehlbetrags abschreiben kann und so zu einem ausgeglichenen Budget kommt. Weiter sind etliche Sparmassnahmen aufgezeigt, die wir unterstützen können. Wir sind zwar erstaunt, dass einige Massnahmen in der Investitionsplanung, bei denen das Parlament dahintersteht, nicht aufgeführt sind, so zum Beispiel die beschlossene

Umsetzung von Fuss- und Veloinitiative. Das Stimmvolk hat beschlossen, dafür jährlich fünf Millionen bereitzuhalten, diese sollten in die Investitionsplanung aufgenommen werden. Weiter fehlen die Umsetzungen überwiesener Motionen, und ein entsprechender Sanierungskredit für Bundes- und Bärenplatz ist beispielsweise wieder nicht zu finden. Der Finanzplan 2000-2003 enthält positive Punkte, aber nach der Ansicht der GFL/EVP-Fraktion genügt er in der jetzigen Fassung nicht. Es darf nicht sein, dass mittelfristig die Steuern heraufgesetzt werden müssen und man gleichzeitig ein Defizit hat, wie für die Jahre 2000-2003 vorgesehen. Das Mindestziel einer Steuererhöhung muss das Vorweisen eines ausgeglichenen Budgets an die Stimmberechtigten sein. Sonst verhalten wir uns unglaublich. Wir verstehen auch nicht, weshalb der Aufwand immer noch steigt, zum Beispiel der Sachaufwand nimmt real noch zu. Wir sind weiter der Ansicht, dass man zum Teil von zu optimistischen Prognosen ausgeht. Die kantonalen Massnahmen, von denen die Stadt abhängig ist, stehen noch nicht fest. Es ist unwahrscheinlich, dass die Massnahmen, die im Finanzplan aufgeführt sind, auch im Sinne der Stadt beschlossen werden, wie bei den Berufsschulen gesehen. Es ist nicht eine Frage der Schuld, ich glaube nicht, dass sich die Stadt schlecht verhalten hat, doch sind dies zu akzeptierende Fakten. Der Hauptpunkt unserer Kritik ist jedoch das zu magere Resultat der Portfolioanalyse. Eine Einsparung von zehn Millionen bis ins Jahr 2003, dies entspricht einem Prozent des Umsatzes, ist zu wenig. Unsere Schlussfolgerung: man kann nicht nur sparen, es muss jedoch gespart werden, und zusätzliche Einnahmequellen erschlossen werden. Dies hat für die GFL/EVP-Fraktion heute Folgen auf drei Ebenen: Einerseits werden wir einzelne Punkte der FDP-Motion als Motion überweisen, da dort finanziell etwas heraus schauen wird. Es ist aber nicht bei allen Punkten der Fall, da es solche gibt, die uns polemisch erscheinen. Wir gehen sogar noch einen Schritt weiter: eine Direktion ist von der FDP ausgeklammert worden, diejenige, die von einem ihrer Parteimitglieder angeführt wird. Wir werden heute einen Vorstoss einreichen, der auch in dieser Direktion Sparmassnahmen aufzeigt. Ein dritter Punkt ist, dass wir nebst der partiellen Unterstützung der FDP-Motion und den eigenen Vorstössen zu neuen Einnahmen stehen, die im heutigen Zeitpunkt nötig sind, deshalb werden wir das Budget mit dem Steuerfuss 2,4 unterstützen.

Thomas Fuchs (JSVP) für die SVP-Fraktion: Gottlieb Duttweiler sagte einst: ‚Das Budget ist ein System, das es uns erlaubt, in geordnetem Rahmen über die eigenen Verhältnisse zu leben.‘ Unsere Fraktion denkt, dass dieser Finanzplan die Misswirtschaft in der Stadt Bern zementiert. Wenn ich die Fraktionserklärung von Ueli Stückelberger höre, dann sagte er wohl, dieser Plan sei gar nicht so schlecht, aber was er gesagt hat, bestätigt eher die Aussagen von Adrian Haas vorhin. Wir wollen uns zum Finanzplan gar nicht gross äussern, die Übersichtlichkeit ist eins, der Qualitätsgehalt aber fehlt. Es wurden verschiedene Punkte aufgezählt, die nicht enthalten sind, wenn sie es wären, wäre er entsprechend noch schlechter. Der Finanzplan ist ungeachtet des heutigen Entscheides bereits Makulatur und sollte eigentlich der Finanzdirektorin der Stadt Bern zurückgegeben werden. Wir tun dies jedoch nicht und behalten ihn als Beweismittel für die fehlende Sparbereitschaft der rot-grünen Seite in den Akten. Wir erlauben uns einzig den Hinweis auf die letzte Seite des Planes: Der Schandfleck Reithalle erscheint im Planjahr 2003 bereits wieder mit zwei Millionen Franken. Ich habe die Botschaft über die erste Etappe der Sanierung hervorgeholt, auf Seite 7 wurde damals gesagt, dass sich die Sanierung über drei Jahre, 2000 bis 2003, erstrecken werde, und man hielt damals fest, dass es nicht zwingend sei, weitere Etappen sofort zu machen, man werde dann sehen. Nun sind bereits anschliessend an die Aussensanierung weitere zwei Millionen drin, es zeigt einmal mehr, dass die Zusagen und Versprechen der rot-grünen Seite nichts wert sind. Wenn die Gemeinderätin Omar ihre äusserste Kompromissvariante betreffend Verhandlungen mit dem Kanton und Regierungsrat im Lokalradio verbreitet, dann müssen wir den Kopf schütteln. Wir fragen uns, ob es nicht an der Zeit wäre, einen Kurs ‚Strategische Verhandlungsführung‘ zu besuchen. Es ist äusserst amateurhaft, wenn man dem Kanton seine Verhandlungsbereitschaft via Radio mitteilt; man wird sich dort ins Fäustchen gelacht haben. Der Finanzplan geht davon aus, dass auch in den Folgejahren ein Steuerfuss von 2,4 angewendet werden soll. Wir haben es gehört, und wir teilen diese Auffassung, dass dies völlig unrealistisch ist. Selbst Optimisten dürfen nicht davon ausgehen, dass die Berner Bevölkerung freiwillig die eigenen Steuern erhöht, während sie im benach-

barten Muri jährlich reduziert werden. Sogar wenn es in dieser Stadt nur noch die bekannten A-Klassen – Alte, Arbeitslose, Asylbewerber, Ausgesteuerte und Alt-, also Exsteuerzahler – gäbe, würde eine Steuererhöhung nicht durchkommen, denn die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land haben seit jeher ein Misstrauen gegenüber hohen Staatsquoten und lehnen jeweils höhere Gebühren und Abgaben ab; die Feuerwehrsteuer war das letzte Beispiel. Den Finanzplan kann man nur zur Kenntnis nehmen, wir können den Kopf schütteln. Weitere Diskussionen erübrigen sich, könnten wir etwas dazu sagen, würden wir ihn selbstverständlich zurückweisen und in den Kehrriem werfen.

Konrad Bossart (CVP) für die CVP/FPS-Fraktion: Der Finanzplan, das Budget 2000, aber auch die Motion ‚Anpacken statt Jammern, Sanierung der Stadtfinanzen aus eigener Kraft‘ der FDP sind drei Geschäfte, die heute in unseren Diskussionen in einem so engen Zusammenhang stehen, dass ich mir erlaube, zu allen drei gleichzeitig zu sprechen. Die Finanzen der Stadt Bern, das wissen wir heute alle, sind nicht mehr im Griff. Die Lage ist ernst, da keine klare Sanierungsstrategie vorhanden ist. Letztendlich weiss niemand, auch die Verantwortlichen nicht, was zu tun ist. Wir versuchen mit Tricks, die Finanzlage zu beschönigen, mit Jammern von den wirklichen Problemen abzulenken und mit Anschuldigungen an Dritte, die Verantwortung weiterzugeben. Für die CVP/FPS-Fraktion ist klar, dass die Verantwortung für die heutige, akute Finanzsituation ohne Handlungsspielraum in den nächsten Jahren von RGM übernommen werden muss. Seit Jahren versuchen sie verbissen, die finanzielle Lage ins Lot zu bringen. Der strukturelle Wandel in der Stadt Bern fand jedoch nur in geringem Masse statt. Ich möchte in diesem Zusammenhang die Polizeidirektion mit ihrem Projekt Apollo lobend erwähnen. Nur über strukturelle Veränderungen können wir langfristig die Finanzen in Griff bekommen. Statt 1993 sofort strukturell zu handeln, hat RGM sieben Jahre gewartet und auf bessere finanzielle Zeiten gehofft. Die bürgerlichen Parteien haben Jahr um Jahr dazu aufgefordert, das Heft selbst in die Hand zu nehmen und deutliche Zeichen in der Finanzplanung zu setzen, für eine Gesundung der Stadtfinanzen. Es wurde von Seiten der RGM mit grosser Polemik wahrgenommen und praktisch nichts umgesetzt. Sowohl das Budget 2000 wie auch der Finanzplan zeigen deutlich, wie katastrophal die Finanzlage wirklich ist. Sie zeigen auch, wie mit allen möglichen und unmöglichen Mitteln die Budgetzahlen verbessert worden sind. Der Erlös aus dem ausserordentlichen Verkauf der Schulhäuser an den Kanton, 40 Millionen, wird zum Beispiel dazu benutzt, das Budget 2000 auszugleichen, die eine Hälfte für eine auferlegte Schuldensanierung, die anderen 20 Millionen für die laufende Rechnung. Unsere Fraktion verurteilt dieses Vorgehen auf das Äusserste. Es ist unglaublich, dass diese ausserordentlichen Einnahmen für laufende Ausgaben missbraucht werden. Das ist ein Skandal und ein Betrug an den Einwohnerinnen und Einwohnern von Bern. Der Finanzplan ist absolut inakzeptabel, es gibt zu viele Fragezeichen, zu viele Wenn und Aber. Im Mittelpunkt stehen die Zentrumslasten, die im Jahr 2002 ausgeglichen werden sollen. Sie stehen auf wackligen Füßen, der Kanton hat uns das vor ein paar Tagen gezeigt. In der heutigen politischen Situation ist damit zu rechnen, dass von dort her noch weniger zu erwarten ist als wir annehmen. Wir müssen davon ausgehen, dass dieser Finanzplan wieder nicht aufgehen wird, wie die letzten paar von der Finanzdirektion. Es fehlen heute schon Millionen von Franken, für die wir keine Lösung haben, dies bedeutet keine positive Zukunft. Auch das Budget 2000 ist für die CVP/FPS-Fraktion unmöglich. Es ist unehrlich und bedeutet einen weiteren Schritt ins Desaster. Mit der Annahme dieses Budgets würden wir Steuererhöhungen um zwei bis drei Zehntel in den nächsten Jahren legitimieren. Dies wird das Resultat sein, wenn wir heute ja zum Budget und der Finanzpolitik, wie sie in der Stadt Bern betrieben wird, sagen. Zu der Variantenabstimmung: Dies ist aus der Sicht unserer Fraktion das Tüpflein auf dem i. Wir wissen, dass das Volk einem Steuerfuss von 2,4 nie zustimmen wird; es wird sich für 2,3 entscheiden. Dies bedeutet ein erneutes Defizit von 20 Millionen und damit einen schlechten Dienst am Volk. Der Druck von Seiten des Kantons besteht, wir müssen innerhalb von acht Jahren 300 Millionen Franken Schulden abbauen, womit sonst als mit Steuergeldern, wenn wir weiterhin diesen finanzpolitischen Kurs beibehalten. Wir werden also dieses Budget und auch die Variantenabstimmung mit aller Deutlichkeit ablehnen und den Rückweisungsantrag der SVP unterstützen. Nun zur Motion der FDP: Sie ist die einzige Antwort auf den Finanzplan und das Budget 2000. Sie zeigt klar, in welcher schlimmer Situation die Stadt Bern steckt. Wir spüren jedoch in dieser Motion, dass die Ge-

fahr besteht, dass das dringende Sparenwollen wichtige Leistungen gefährdet und Bedürfnisse in der Zukunft nicht mehr abdeckt, zum Beispiel in der Prävention. Deshalb ist es wichtig, dass wir Vorschläge des Gemeinderats erhalten, wo wirklich gespart werden kann. Eine Differenzierung wird notwendig sein, grundsätzlich aber unterstützt die CVP/FPS-Fraktion die Motion der FDP. Wir haben in der Vergangenheit mehrmals unsere Fähigkeit zum differenzierten Politisieren bewiesen, beim Schulreglement, bei der Ombudsstelle, in der Drogenpolitik, bei der Reithalle, um einige zu nennen. Wir werden nun aber immer mehr gezwungen, einen harten Kurs einzuschlagen. Wenn wir keinen Handlungsspielraum bekommen, werden wir auch keine neuen Ausgaben beschliessen können, sondern nur grössere Defizite produzieren und uns damit unmöglich machen. Man muss umdenken und die Finanzprobleme mit sofortigen, einschneidenden Massnahmen lösen. Danach wird unsere Fraktion wieder mit ruhigem Gewissen über Mehrleistungen sprechen können. Ich möchte kurz noch zwei Dinge berichtigen, die im Vorfeld dieses Budgets kursiert sind: In der Antwort auf die FDP-Motion spricht Finanzdirektorin Frösch die CVP auf die kategorische Ablehnung der Teilnahme am zweiten Runden Tisch an. Dies ist richtig, es gibt auch einen Grund dafür: die CVP kann nicht akzeptieren, dass in einem zusammengewürfelten Gremium Entscheider riesiger Tragweite gefällt werden. Dafür ist der Stadt- und der Gemeinderat verantwortlich und nicht irgendwelche Leute an einem Runden Tisch. Eine weitere Korrektur: Frau Frösch betonte im Vorfeld des Budgets, dass die CVP am Runden Tisch eine eventuelle Steuererhöhung ins Auge fassen könnte, was auch wahr ist. Allerdings hat die CVP ganz klare Bedingungen angeknüpft, unter anderem, dass die Finanzsanierung Fortschritte erzielt und ihr Ende in Sichtweite ist. In diesem Fall könnte sich die CVP vorstellen, zwecks Schuldentilgung die Steuern um einen Zehntel zu erhöhen. Doch davon sind wir noch meilenweit entfernt.

Für die SP-Fraktion spricht *Irène Marti Anliker*: Auch wenn die Themen heute Abend einen engen Zusammenhang haben, spreche ich zum Finanz- und Sanierungsplan, zum Budget werde ich mich später äussern. Wenn wir die Budgetperspektive in diesem Finanzplan anschauen, bemerken wir trotz Sparanstrengungen und einnahmeseitigen Massnahmen die schwierigen Aussichten in der Finanzpolitik. Einmal mehr hilft das Personal beim Sparen, denn der Personalaufwand steigt nicht in dem Masse, wie dies die Arbeitszeitverkürzung nötig machen würde. Wie wir vom letzten Jahr her wissen, wird dies vom aktiven und vor allem vom pensionierten Personal getragen. Zum Sachaufwand muss man sagen, dass diese Sanierungen, die früher aufgeschoben wurden, zum Beispiel die Schulhäuser, nun zu Buche schlagen. Wir haben da einen riesigen Nachholbedarf an Investitionen; und es wäre unklug, wie Peter Sigerist gesagt hat, dies weiterhin unangetastet zu lassen. Wir haben viele Sanierungsaufträge geerbt aus früheren Zeiten. Beim Sachaufwand lässt sich von einem Nullwachstum sprechen, wer behauptet, es sei nie gespart worden, sagt nicht die Wahrheit. Wie wir früher schon gesagt haben, sollte man bei den Investitionen auf das Selbstfinanzierungsniveau herunterkommen, dies würde uns die jährlich anfallenden Folgekosten der Abschreibungen ersparen. Aber genau das möchte die bürgerliche Seite nicht, weil sie den Staat gerne als Auftraggeber für ihre Unternehmungen sieht; dort soll der Staat nicht arm sein. Die Bürgerlichen zeigen sich immer sehr widersprüchlich, auf der einen Seite soll die Stadt sich zu Tode sparen und auf der anderen Seite sollen Aufträge für die Privatunternehmungen bereitgestellt werden. Zur Investitionsplanung hat die SP-Fraktion zwei Detailfragen: Weshalb das Verkerssystemmanagement enthalten ist, da der Stadtrat diese Vorlage abgelehnt hat; sowie ob und wo die Vorgaben zum Gegenvorschlag der Fuss- und Veloinitiative enthalten sind. Unsere Fraktion begrüsst die Herstellung der Portfolioanalyse durch die Stadt, denn wir zweifeln das Resultat nicht schon im Voraus an, wie es der Freisinn tut. Wir gehen davon aus, dass es uns dienen wird, politische Entscheide, welche Ausgaben und Aufgaben zu reduzieren sind, zu fällen. Die Steuererträge können im Finanzplan einigermaßen stabilisiert werden, unter der Voraussetzung einer Steuererhöhung. In der Zeitung von vorgestern stand: 'Finanzhaushalt ist stabilisiert'. Der Artikel bezieht sich auf Burgdorf, ausgabeseitig sind dort ähnliche Massnahmen angewendet worden wie in Bern. Der Schlusssatz ist interessant und lautet: 'Der Steuersatz soll unverändert bei 2,5 Einheiten bleiben.' Dies erscheint merkwürdig, denn in Burgdorf leben offenbar auch Menschen, die nicht alle wegen des Steuersatzes 2,5 ausgewandert sind. Auch wenn der Finanzhaushalt stabil ist,

werden dort die Steuern nicht gleich wieder herabgesetzt, wie das in Bern vor Jahren fatalerweise der Fall war. Die SP-Fraktion nimmt von diesem Finanzplan unter zwei Vorbehalten Kenntnis: Aus einer Fusion und Bildung einer öffentlich-rechtlichen Anstalt EWB/GWB, Desinvestitionen sowie Outsourcing von Liegenschaften aus dem Verwaltungsvermögen haben wir aufgeführte Buchgewinne. Was da im Finanzplan steht, kann nicht als Blankocheck für unsere Zustimmung in Sachgeschäften betrachtet werden. Der Finanzplan ist ein Führungsinstrument des Gemeinderats, und die SP-Fraktion behält sich zu diesen Vorlagen ihre eigene Meinungsbildung und –äusserung vor. Die bürgerliche Seite meint, es sei nicht zulässig, Buchgewinne teilweise in die laufende Rechnung zu schreiben. Der Kanton schreibt seine Buchgewinne auch in die laufende Rechnung, es ist nicht vorstellbar, dass die Stadt dafür eine Rüge erhält. Die Bürgerlichen könnten sich beim Kanton und in der Bevölkerung dafür einsetzen, dass die Zentrumslasten gerecht abgegolten werden, da die Verleugnung dieser Lasten sie und das Problem nicht kleiner machen. In diesem Sinne nimmt die SP-Fraktion vom Sanierungs- und Finanzplan Kenntnis.

Einzelvoten

Kurt Mäusli (SP): In dieser Diskussion darf man nicht ausser acht lassen, dass Bern eine Bundesstadt mit allen Belastungen ist, die von Bund und Kanton nicht entsprechend abgegolten werden. Was wir für die erfüllten Polizeiaufgaben erhalten ist ein Pappenstiel. Köniz braucht 12 Polizisten, im Vergleich zu Bern, das notwendigerweise 500 bis 600 Beamte im Polizeikorps beschäftigt. Zudem ist Bern eine Beamtenstadt. Beamte, die in der Stadt arbeiten, aber anderswo Steuern bezahlen, zum Beispiel in Muri, wo die Steuern sehr niedrig sind. Dies sind die Probleme, und es hat keinen Sinn, hier Frau Frösch anzugreifen. Was hat der frühere Gemeinderat gegen die Abwanderung der Industrie getan, zum Beispiel im Fall der Galenica und von Kiener&Wittlin, die unter der bürgerlichen Regierung abgewandert sind. Nun will man unserem Gemeinderat vorwerfen, er tue nichts. Die Stadt muss wirtschaftlich attraktiver werden, da bräuchte es mehr Engagement des Gemeinderats. Nun zur Steuererhöhung: Sie ist wahrscheinlich ein gangbarer Weg zur Ganz- oder Teilsanierung der Finanzen, sie würde aber vermutlich in der Bevölkerung nicht durchkommen. Die bürgerliche Seite sollte jetzt zeigen, was effektiv zu tun ist: Kritisieren, Abbauen der Leistungen, Streichen von Stellen im Strasseninspektorat, der Stadtgärtnerei usw. können sie. Die abgebauten Stellen im unteren Lohnbereich fehlen nun bei den Steuereinnahmen. Wer die Stadt aus ihrer Malaise herausführen will, muss dies miteinander und nicht gegeneinander tun.

Rudolph Schweizer (SVP) entgegnet: Der Grund, weshalb die Stadtbevölkerung abnimmt und die Wirtschaft abwandert, ist der Steuerfuss, und das Falscheste wäre, diesen noch heraufzusetzen. Die Variantenabstimmung werden die Bürgerinnen und Bürger sicher nicht goutieren und ihr Kreuzlein bestimmt bei 2,3 setzen. Es geht nicht an, hier zu fragen, weshalb die Leute weglaufen und Muri einen tieferen Steuerfuss hat, es geht hier darum, dass Muri, Belp, Stettlen, Bolligen, Ittigen Wohnraum schaffen. Die Stadt Bern hat im Jahr 1998 ganze 24 Wohnungen gebaut, sie braucht Wohnraum für attraktive Steuerzahler. Familienwohnungen, die die Stadtberner und solche, die es werden wollen, auch verdient haben. Wir vertreiben die Leute aus der Stadt, indem wir immer mehr Dinge aufoktruieren und sie weniger Möglichkeiten haben, ihr Herz hier auszuleben. Die SVP fordert den Gemeinderat dringend auf, diesen Wohnraum zu schaffen. Wir haben letzte Woche über Brünnen abgestimmt, doch dort baut die Migros. Schon auf dem Gurten habe ich mich gegen den Vergnügungspark der Migros gewehrt, sie schafft keinen Wohnraum. Solange von rechts, links oder der Mitte keine Bereitschaft herrscht, Planungsgebiete ohne grosse Auflagen zu machen, so haben wir eine Zähringerstadt mit Stadtmauern, die für niemanden attraktiv ist. Alle ausser den Bären bewegen sich ausserhalb Berns in der Freiheit, die sie lieben, und kommen nicht zurück.

Kurt Mäusli (SP): Ich möchte vom Kollegen Schweizer wissen, wann ich gegen einen Wohnsiedlungsbau gewesen bin. Ich habe mich für die Brünnenüberbauung stark gemacht, ich war im Jahr 1991 Referent der Vorlage. Was haben Sie für diese Vorlage geleistet? Es ist klar, dass diese Fremdkapitalisierung nicht so weitergehen kann; wir bezahlen täglich bis

zu 200'000 Franken Steuergelder, um die Fremdkapitalisierung in die Wege zu leiten. Zeigen Sie mir einen Weg, um diese grosse finanzielle Belastung zu ändern. Dies hat schon unter dem bürgerlichen Gemeinderat stattgefunden, wegen der Teuerungszunahme nicht in dieser Höhe.

Finanzdirektorin *Therese Frösch* nimmt Stellung sowohl zum Finanzplan wie zum Budget: Herr Stückelberger meinte, dass man trotz Steuerfuss 2,4 nicht zu den roten Zahlen herauskomme. Die Frage ist, wieviel Zeit man sich gibt, um dies auch sozialverträglich zu gestalten. Die Rahmenbedingungen des Sparens sind ein Grundsatz in unseren Thesen, die natürlich in Frage gestellt werden können, deshalb wird die Sanierung länger dauern. Heute morgen, bei der Auswertung des Runden Tisches vom Bund gab es ein sehr gutes Anschauungsbeispiel: es war klar, dass man in schwierigen Zeiten einen ausgeglichenen Finanzhaushalt erreichen kann, aber nicht mit eindimensionaler Sichtweise. Man muss die verschiedenen Rahmenbedingungen anschauen, einen gemeinsamen Willen, zu einem Ziel zu kommen, haben, die Zielkonflikte sind zu würdigen und eine gewisse Opfersymmetrie herzustellen. Es wäre am Runden Tisch des Bundes nicht möglich gewesen, gewisse wissenschaftlich begründete Dinge wie z.B. die Zentrumslasten nicht gelten zu lassen. Eine der Prämissen, um unser Ziel zu erreichen, ist einmal die Einigung auf die Definition ganz klarer Kriterien, die glaubwürdig und erhärtet sind, und die restlichen als diskutierbar betitelt. In diesem Sinne wurde das getan, und es ist völlig aus der Luft gegriffen, wenn dieser Finanzplan als Hochstapelei bezeichnet wird, weil man dort von einem Steuerfuss von 2,4 ausgeht. Eine Hochstapelei wäre, wenn man es nicht angeben, das wurde in der FIKO noch angeschaut und ein bisschen korrigiert, und die Grundlagen für die Leute nicht nachvollziehbar bezeichnen würde. Es ist genau ersichtlich, was 2,3 und was 2,4 bedeutet, was es heisst, wenn man zusätzliche Sanierungsmassnahmen erreicht, dafür kämpfen wir intern und extern, intern mit der Portfolioanalyse und extern beim Kanton für den Ausgleich der Zentrumslasten. Aus dieser Sicht muss ich vehement zurückweisen, dass der Plan eine Mogelpackung ist. In diesem Sinne sehen Sie, Herr Stückelberger, auf Seite 15, dass wir mit 2,4 und den zusätzlichen Verbesserungsmassnahmen nicht nur aus dem Schneider wären – der Weg wird zwar steinig sein - sondern auch ungefähr 12 Millionen Franken Überschuss hätten. Mit anderen Worten, auch wenn wir diesen Überschuss nicht erreichen, sei es im Rahmen der Strassenanteile oder einer gerechteren Verteilung in der Kultur, so können wir doch davon ausgehen, dass wenn ein wesentlicher Teil der Rahmenbedingungen, auf die wir zählen können müssen, nicht eintreten, sowie verschiedene Dinge, die wir aus eigener Anstrengung tun müssen, die teilweise auch vom Kanton kommen, wir auf dieses Resultat kommen müssen. Herr Haas sagte, es sei alles eine Mogelpackung, er verwechselt wohl den Finanzplan mit dem Budget. Ein Finanzplan enthält Absichtserklärungen, ein Budget muss genauer sein. Der Finanzplan wird verlangt, und es ist klar, dass dies Absichtserklärungen der gewählten Regierung gegenüber dem Kanton sind. Der Gemeinderat trägt die Verantwortung, die Absichten so genau wie möglich zu bezeichnen, mehr kann man nicht verlangen. Herr Haas sprach vieles an, das aufgenommen wird, Filag, Steuern, Steuergesetzrevision usw. Die Folgen der Steuergesetzrevision müssen berücksichtigt werden. Wir sind in Verhandlungen mit dem Kanton, es ist dort klar, dass diese in ihrem Finanzplan – obwohl es noch nicht beschlossen ist – aufgeführt werden müssen. Desgleichen das Filag, das wird vom Kanton so verlangt. Die Absichtserklärungen stehen da, so gut wie sie gemacht werden konnten. Herr Haas wunderte sich über die seltsamen Geschenke EWB/GWB: Vorgesehen ist, dass die beiden Werke, die einigen Wert besitzen, der Stadt ein Dotationskapital von ungefähr 80 Millionen schenken, das unverzinslich ist. Die Werke haben ihre Entstehungsgeschichte in Sachen Wertakkumulation. Dann zum Portfolio: Es wurde von verschiedenen Leuten genannt, wir haben dort 10 Millionen hineingeschrieben. Die Finanzplanung wurde schon vor einiger Zeit gemacht, über das Portfolio gibt es übermorgen eine weitere Sitzung, in der von oben abgebrochen wird, wie Herr Haas geschildert hat. Es ist durchaus ein Mittel, von oben herab eine andere Produktgruppe zu definieren, um anders vorzugehen. Dort wurden zehn Millionen eingesetzt, weil wir erst bescheiden sein und nicht hochstapeln wollen. Wenn es mehr sein sollte, was selbstverständlich angestrebt wird, dann sind wir sehr zufrieden. Die Buchgewinne würden vom Kanton nicht akzeptiert und damit das Gemeindegesetz umgehen, wurde weiter gesagt, was nicht stimmt. Die Buchgewinne müssen zwingend über die

laufende Rechnung eingenommen werden, auch beim Kanton, die Frage ist die der Verwendung. Zum Beispiel Biel: Dort hat man jahrelang von solchen Buchgewinnen Rückstellungen gemacht und deckt jetzt die aktuellen und drohenden Defizite in der laufenden Rechnung damit. Dies macht auch Sinn: Erstens gibt es planbare Buchgewinne und solche, die einfach anfallen und mal höher, mal tiefer sind. Es ist unhaltbar, dass das Gemeindegesetz sagt, die Buchgewinne dürfen nur so und so benutzt werden. Dies ist ein Verhandlungsgegenstand, man kann der Stadt keine Dinge auferlegen, die keinem Unternehmen zugemutet würden und die sich andere öffentliche Gemeinwesen auch nicht antun. Da steckt Böswilligkeit dahinter, wenn man der ohnehin schon in Schwierigkeiten steckenden Stadt nur das Schlimmste und Restriktivste zumutet. Was gilt, ist die Fortsetzung auf drei Achsen: Einerseits der Runde Tisch, weiter die eigenen Sparmassnahmen – ich bedanke mich herzlich beim Personal, das da mithilft via Arbeitszeitverkürzung, Verwaltungsreformen, Vollendung der Sanierungsplanmassnahmen und des Runden Tisches bei gleichbleibenden oder abnehmenden Kapazitäten. Die neuen Schaffungen, abgesehen von einer neuen Tagesschule, wie Wohnpolitisbeauftragte, Fachstelle für Integration usw., werden durch Umlagerungen finanziert. Das Personal hat einen grossen Anteil an den Sparbemühungen, und die Horrorszenarien von heute Abend sind nicht gerade motivierend, da wir noch einen wichtigen Weg vor uns haben. Das ist das Eine: Portfolio, NPM, laufende Reorganisationen usw. Die zweite Achse ist ganz klar die Stellung als Stadt Bern: Sie ist heute die grösste Transferzahlerin, das muss auch die CVP zur Kenntnis nehmen. Mit 30 Millionen bezahlen wir am meisten im direkten Finanzausgleich. Einerseits sind wir absolut reich, die Königin in diesen Landen, die grosszügig überall ihr Gold ausschüttet, und gleichzeitig sind wir eine Bettlerin, indem wir endlich Unterstützung brauchen und das, was bei uns bestellt auch bezahlt wird. So müssten wir nicht jedes Jahr fünf Millionen an den Kanton bezahlen, weil z.B. Abmachungen aufgeschoben werden. Es wäre eigentlich normal, dass das Parlament dem Gemeinderat den Rücken stützt, statt dass Dinge als unsicher erachtet werden. Wer vertritt eigentlich noch die Interessen dieser Stadt? Wir müssen doch gemeinsam auf allen drei Ebenen fahren, die wären: Sparen, die ganze Frage der Zentrumslasten, und die dritte Frage ist die der Steuern, und die überlasse ich Ihnen. Was ich dem Gemeinderat nicht vorwerfen lasse, ist, dass wir eine Variante bringen, wenn wir ja sowieso nicht durchkommen würden damit. Es stimmt, dass der Souverän Mühe hat, uns mit 2,4 in der Vorlage zu folgen, aber ich finde fairer, wenn man sagt, dass man 2,4 brauche und dem Stimmbürger überlässt, unseren Ausführungen zu folgen, sie zu verstehen und schliesslich aus freiem Willen zuzustimmen. Das hat nichts zu tun mit irgendwelchen Manipulationen, im Gegenteil, wir haben 1993 oder 1994 genau über die Varianten verhandelt, die meines Wissens als Kompromissvorschlag von bürgerlicher Seite gekommen sind. Zum Schluss noch zu ein paar inhaltlichen Fragen: Weshalb das Verkehrsmanagement noch drin ist: In der FIKO wurde das diskutiert, es beinhaltet nicht nur die Ablehnung, sondern auch Lichtsignalanlagen und gebundene Kosten vom Bund. Es ist nachzulesen, dass dieser Teil gemeint ist, nicht der abgelehnte. Die Fuss- und Veloinitiative ist noch nicht berücksichtigt, weil sie zum Zeitpunkt der Entstehung dieses Finanzplanes noch gar nicht beschlossen war. Wir machen diese Zusammenstellungen, und soweit sie nicht bereits in gewissen Dingen in der MIP enthalten sind, werden Umschichtungen an die Hand genommen. Bärenplatz/Bundesplatz sind nicht in der MIP enthalten, der Waisenhausplatz mit 3,5 Millionen, mit der Investitionsplanung wird vor allem ein Volumen festgelegt. Die Objekte in der Planung sind eine Momentaufnahme, da wird mit einer rollenden Planung vorwärtsgemacht. In diesem Sinne möchte ich Sie bitten, dem Gemeinderat auf diesem schwierigen Weg mehr Chancen zu geben – es heisst ja, wir hätten alles falsch gemacht, doch von der Steuereinbusse in der Höhe von 50 Millionen hat niemand gesprochen, auch nicht von der Steuersenkung im Jahr 1988, den aufgelaufenen Verlustvorträgen, die noch vor der beispielsweise von der CVP genannten Zeit waren - weil die Alternative zum Beispiel ein relativ rasches Eingreifen des Kantons wäre. Es wäre ungerecht, wenn die Bernerinnen und Berner den Auswärtigen und dem Kanton viel mehr Steuern bezahlen müssten. Die Aussicht auf ein Eingreifen des Kantons wäre vielleicht eine Schadenfreude wert, jedoch nicht mehr.

Adrian Haas (FDP): Frau Frösch sagte, ich hätte ein Horrorszenario gezeichnet, das habe ich nicht. Ich sagte bloss, wohin es in Realität führt, wenn man diesen Finanzplan auch als

Sanierungsplan bezeichnet. Ich wiederhole, dass dieser Finanzplan auf absolut ungesicherten Grundlagen basiert. Die Steuererhöhung ist nicht klar, der Finanz- und Lastenausgleich, der Anteil an der Mineralölsteuer, die Portfolioanalyse, die Verwendung der Buchgewinne – der Kanton wehrt sich dort mit Recht gegen die Benutzung im Laufenden Budget – und die Fusionsgewinne sind es auch nicht. Die Fusionsgewinne sind klar für die altrechtlichen Bilanzfehlbeträge da und können nicht verwendet werden, die zukünftigen Budgets zu beschönigen. Damit steht die Sache auf total wackeligen Füßen oder vielmehr auf gar keinen Füßen. Aus diesem Grund können wir den Finanzplan nicht akzeptieren, da er keine Aussichten zeigt, wie der Gemeinderat die städtischen Finanzen in Ordnung bringen will, wozu er nach kantonalem Recht verpflichtet ist. Noch etwas zur Steuererhöhung, die hier vorgeschlagen wird: Der Gemeinderat ist in der Tat im Finanzplan von einer Steuererhöhung ausgegangen, trotzdem will er dem Volk eine Variante von 2,3 vorlegen. Wie das Volk in einem solchen Fall entscheidet, ist bekannt, im Jahr 1995 war es dasselbe mit einer Variante 2,3 und 2,4. Frau Frösch sagte in der FIKO selbst, sie gehe nicht davon aus, dass das Volk dieser Steuererhöhung zustimmen würde. Die Variante ist ein politisch-taktisches Spielchen. Ein Beispiel: Wenn die Bauern die Pferde beschlagen, nehmen sie die deren Nase und drehen sie um, damit es dort schmerzt; so spüren die Pferde nicht, dass der Huf beschlagen wird. So will man mit dem Volk umgehen: Die Steuererhöhung dreht ihm die Nase um, dann schmerzt das restliche Budget, diese Mogelpackung nicht mehr so sehr. Dies ist die unlautere Idee.

Gemeinderätin *Therese Frösch* entgegnet: Ich vergass zu sagen, weshalb die Buchgewinne einerseits für die altrechtlich aufgelaufenen Bilanzfehlbeträge, sie belaufen sich auf 325 Millionen und sie müssen nicht in acht, sondern via Verhandlungen in etwa 20 Jahren abgetragen werden, also gegen 20 Millionen, verwendet werden. Unser Problem ist, wenn wir neurechtliche Defizite auflaufen lassen. Wir sind im Jahr 1999, das neue Gemeindegesetz läuft seit 1. 1. 1999. In diesem Jahr haben wir bereits ein Defizit von rund 50 Millionen Franken. Das Gemeindegesetz sagt klar, dass die neurechtlichen Fehlbeträge in acht Jahren abbezahlt sein müssen, also betreiben wir Vogel Strauss-Politik, wenn wir dies nicht prioritär abzuwenden versuchten. Dies ist der Grund, und es ist nicht einleuchtend, weshalb Dinge, die in der Privatwirtschaft gelten, uns aus Verpolitisierung nicht zugestanden werden. Es ist eine rein finanzrechtliche Frage, weshalb wir die neurechtlichen Defizite nicht auflaufen lassen wollen, denn dort gibt es kein Pardon. Dies ist ein absolut transparenter und verantwortungsbewusster Grund.

Der *Vorsitzende* stellt fest, dass der Stadtrat vom Finanzplan Kenntnis genommen hat.

3 Motion Fraktion FDP (Haas/Hügli/Suter): „Anpacken statt jammern“; Sanierung der Stadtfinanzen aus eigener Kraft

Antrag Nr. 182

Ausgangslage: Seit mehreren Jahren warnten die bürgerlichen Stadtparteien erfolglos vor einem Finanzdebakel, welches nun Tatsache geworden ist. Mit zahlreichen Vorstössen (gut 30 an der Zahl!) unter dem Titel "gesunde Stadtfinanzen" verlangten die Bürgerlichen zwischen 1994 und 1997 ein rechtzeitiges Handeln von Stadt- und Gemeinderat. Im Rat und teilweise auch in den Medien ernteten sie dafür nur Missfallen und mussten sich Vorwürfe wie "Wahltaktik" oder "Obstruktion" gefallen lassen. Ein Finanzsanierungspaket wie es auf kantonaler wiederholt beschlossen wurde, fehlte in der Stadt seit Jahren. Mit dem sog. runden Tisch, welcher am 14. August 1998 erstmals ein Paket schnürte, konnten die Bürgerlichen nach langen Jahren (fast) erfolglosen Kampfes endlich einige Fortschritte erzielen. Die Finanzplanung für die kommenden Jahre weist indessen immer noch beträchtliche Defizite aus. Die Sanierungsmassnahmen des Pakets 1 führen bloss (aber immerhin) zu einer mittelfristigen Haushaltsverbesserung von 60 Mio Franken und zwar unter Einbezug der kürzlich im Grossen Rat beschlossenen (zusätzlichen) Abgeltung der Zentrumslasten im Rahmen des direkten Finanzausgleichs ab dem Jahr 2002. Das Paket 1 genügt also insbesondere

auch mit Blick auf die bereits aufgelaufenen Bilanzfehlbeträge von rund 300 Mio Franken zur Sanierung der Stadtfinanzen nicht. Aus diesem Grund wurde von den Bürgerlichen am runden Tisch denn auch ein Folgepaket gefordert. Der Gemeinderat versprach, diesbezüglich im Frühjahr erneut einen runden Tisch einzuberufen bzw. ein solches Paket vorzubereiten. Wie aus den Medien zu erfahren war, wird nun dieser Versprechung leider nicht Folge geleistet und der Dialog abgebrochen. Man sieht das Heil offensichtlich eher in einer kontraproduktiven Steuererhöhung, obwohl die Steuern bereits 1994/95 um einen Zehntel erhöht wurden und das Paket 1 zum grössten Teil einnahmeseitig wirkt, das heisst zu einer höheren Belastung der Bürgerinnen und Bürger führt (Stichworte: Neue Feuerwehersatzabgabe, zusätzliche Parkgebühren, Entnahmen aus Fonds, Erhöhung der Gebühren für die Sanitätspolizei, Mietzinserhöhungen bei Alterssiedlungen, zusätzliche Gewinnablieferung des EWB und der GWB). Das Paket 1 ist wie gesagt ein erster Schritt in Richtung Sanierung der Stadtfinanzen. Es genügt jedoch - wie auch die Reaktionen der Kantonsregierung deutlich zeigen - nicht. Es muss nun ein zweites Paket beschlossen werden, welches ausschliesslich ausgabenseitig und schwergewichtig strukturelle Massnahmen beinhaltet.

Die stete Abnahme der Wohnbevölkerung und der Anzahl Betriebe muss endlich ihr Spiegelbild in einer Redimensionierung der Verwaltung finden. Die Stadt hat in den letzten 10 Jahren rund 5'000 Betriebe und 10'000 Einwohner verloren. Ein Abbau der Verwaltung fand (in den letzten 3 Jahren) demgegenüber nur in homöopathischen Dosen statt. Der Gemeinderat versucht gegenwärtig mit Projekten wie der "Neuen Stadtverwaltung Bern", der "Regierungsreform" oder der "Reformkommission" den Anschein zu erwecken, es würden nun nachhaltige Veränderungen der Strukturen in die Wege geleitet. In Tat und Wahrheit trugen dies Projekte - mindestens bisher - kaum zu einer Besserung der Finanzsituation bei und auch für die Zukunft bestehen diesbezüglich keine klaren Sparvorgaben. Gleichzeitig versucht man, den Schwarzen Peter dem Kanton zuzuspielen, indem man trotz neuem Finanzausgleichsgesetz, Subventionierung des Ortsverkehrs im Rahmen des Gesetzes über den öffentlichen Verkehr, zusätzlichen Kulturförderungsbeiträgen, höherer Abgeltung der Polizeikosten etc. weiterhin das Klagelied des ungenügenden Lastenausgleichs singt. Jüngstes Beispiel ist die Vernehmlassung der Stadt Bern zur Steuergesetzrevision 2001, wo man sich vorsorglich über Steuerausfälle als Folge der Entlastung von unteren Einkommen beklagt.

Was ist konkret zu tun?

In der Tat gibt es noch unzählige Sparmöglichkeiten, die man am runden Tisch noch gar nicht behandelt oder deren Ergreifung abgelehnt oder verschoben worden ist. Der Gemeinderat wird deshalb beauftragt, dem Stadtrat Entwürfe zu Reglementsänderungen oder Beschlüssen vorzulegen, welche folgendes bewirken:

1. Eine nachhaltige Reduktion des Verwaltungsapparates der Schuldirektion unter anderem als Folge der Kantonalisierung zahlreicher Bildungseinrichtungen (keine andere Gemeinde im Kanton Bern verfügt über einen derartigen Vollzugsapparat).
2. Die Schaffung eines Steuerungsinstrumentes analog dem Staatsbeitragsgesetz auf kantonomer Ebene.
3. Die Regionalisierung der städtischen KVA nach dem Vorbild der ARA.
4. Die Aufhebung der Schulzahnklinik (und die Übertragung der Aufgaben an die private Zahnärzteschaft via Ausschreibung).
5. Die Umwandlung des EWB's in eine Aktiengesellschaft und den Verkauf (mindestens eines Minderheitspaketes) der Aktien an andere Träger.
6. Eine weitere Redimensionierung der Stadtgärtnerei mit dem Ziel, den Unterhalt von Grünanlagen Privaten zu übertragen.
7. Den Verkauf der verschiedenen städtischen Restaurants zwecks Schuldentilgung und Reduktion der Zinslasten in der laufenden Rechnung (für die entsprechende Entnahme aus dem Fonds soll eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden).
8. Die Reduktion der Fachstelle für Gleichstellung von heute 150 Stellenprozente auf max. 100.
9. Die Zusammenlegung der städtischen (400 Stellenprozente!) und der kantonalen Denkmalpflege (Synergien).
10. Die Übertragung der Liegenschaftsverwaltung an Private (Ausschreibung).
11. Die Festlegung einer abgestuften Sparvorgabe in % des Globalbudgets während mehreren Jahren (jedes Jahr etwas mehr, z.B. 3%, 5%, 10%) für die NSB-Projekte. Dies ist mit

Blick auf die Effizienzsteigerung als Folge der Einführung der Kostenrechnung ohne weiteres verkraftbar.

12. Die Auflistung sämtlicher kostenrelevanten, überwiesenen aber noch nicht erfüllten parlamentarischen Vorstösse (z.B. jene Motion, die für 36 Mio Franken die Absenkung aller Trottoirs verlangt) und die Unterbreitung dieser Liste an den Stadtrat zwecks Sistierung. Im weiteren wird der Gemeinderat beauftragt, folgendes zu prüfen:
13. Den Verzicht auf die Einführung der ab 1. Januar 2000 geplanten Arbeitszeitverkürzung um 4,76% oder 2 Stunden pro Woche mit nur teilweiser Lohnkürzung (via Nichtausgleich der Teuerung) und Anstellung von neuen 33 Personen (!).
14. Die Erhöhung der im Rahmen der Stellenbewirtschaftung abzuliefernden Stellenpunkte verbunden mit einer festen Abbau-Vorgabe von mindestens 50%.
15. Den Erlass einer Vorschrift, welche bewirkt, dass die unter dem Titel "Abgeltung der Zentrumslasten" erhaltenen Beiträge ausschliesslich zur Reduktion des Defizits und nicht für neue Angebote (wie z.B. das neue Kinder- und Jugendtheater) verwendet werden.
16. Die Einführung zusätzlicher Gebühren wie Gebühren für die Baumberatung der Stadtgärtnerei und Gebühren für die An- und Abschaltung der Stromversorgung.
17. Gezielte, sozialverträgliche Sparmassnahmen auch bei Subventionen, die den Betrag von Fr. 100'000.00 nicht übersteigen (diese wurden am runden Tisch ausgeklammert).
18. Eine Planung, die klare Aussagen darüber enthält, welche Backofficebereiche der Verwaltung aus (teueren) Gebäuden im Stadtzentrum zwecks Freigabe von Räumlichkeiten für Wohnungen guter Steuerzahler oder Büros von privaten Betrieben auszulagern sind.
19. Eine Redimensionierung des Stadtplanungsamtes. (Die Arbeiten am Stadtentwicklungskonzept mit Ausnahme kleiner Folgearbeiten sind abgeschlossen und die Zahl der Planungen ist in der letzten Zeit zahlenmässig massiv rückläufig).
20. Die Aufhebung des Vermessungsamtes (das heisst die Übertragung der Aufgabe an einen privaten Geometer, wie dies alle anderen Gemeinden im Kanton Bern praktizieren).
21. Eine Verzichtsplanning im Hochbauamt, wie sie im Verwaltungsbericht 1997, S. 168, vorgeschlagen wird.
22. Eine Redimensionierung des Tiefbauamtes zum Beispiel im Gleichschritt mit einem Outsourcing von diversen Bauarbeiten.
23. Den Erlass eines neuen Entsorgungskonzeptes, welches von der Idee „jedem Quartier einen Entsorgungshof“ Abschied nimmt. Da Kühlschränke, alte Möbel, Teppiche etc. ohnehin mit dem PW angeliefert werden, genügen 1 bis 2 mit dem Auto gut erreichbare Höfe vollends (Einsparung von Infrastruktur und Personalkosten).
24. Ein Outsourcing der EDV, wie es Grossbetriebe in der Privatwirtschaft bereits mit Erfolg praktizieren.
25. Die städtische Steuerverwaltung hinsichtlich Personalbestand und dessen Vergleich mit Veranlagungsbehörden anderer Gemeinden.
26. Den sofortigen Abschluss der hängigen Leasinggeschäfte.

Bern, 11. März 1999

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat teilt die in der Ausgangslage vorgebrachten Sorgen, die Beurteilungen jedoch nur teilweise. Gar nicht teilen kann er die im Vorstoss enthaltene bewusste Verdrängung resp. Verneinung der Zentrumslasten und die Schonhaltung gegenüber dem Kanton, welchem die Stadt Bern beispielsweise jedes Jahr noch 5 Millionen Franken Sanierungsbeitrag bezahlt. Beim im Vorstoss genannten Paket I handelt es sich im übrigen nicht um die ersten Sanierungsmassnahmen. Der Gemeinderat hat bereits mehrfach Sanierungsmassnahmen vorgelegt, nicht zuletzt mit verschiedenen Finanzstrategien, z.B. für 1995 – 1997 und für 1997 – 2001, welche auch umgesetzt worden sind. Die bereinigten Netto-Ausgaben konnten denn auch zwischen 1994 und 1998 um über 64 Millionen Franken oder 6,3 Prozent reduziert werden.

Betreffend Fortführung der Gespräche am Runden Tisch wurden die im Stadtrat vertretenen Parteien im Dezember 1998 angefragt, ob sie an weiteren finanzpolitischen Gesprächen teilnehmen möchten. Die Antworten der Parteien sind sehr unterschiedlich ausgefallen. Wäh-

rend die CVP weitere Gespräche grundsätzlich ablehnte, waren die übrigen Parteien hierzu zwar bereit, verbanden ihre Zusage aber mehrheitlich mit Vorbehalten und Bedingungen. Dies galt vor allem in Bezug auf eine Erhöhung der Steueranlage, welche von einigen Parteien als notwendige Voraussetzung für weitere Gespräche bezeichnet und von anderen Parteien wiederum strikte abgelehnt worden war. Unter Berücksichtigung der inzwischen erfolgten Gespräche mit dem Kanton bezüglich Sanierungsplan nach neuem Gemeindegesetz und der in Angriff genommenen strategischen Aufgabenanalyse (Portfolio-Analyse) hat deshalb der Gemeinderat am 3. März 1999 den im Stadtrat vertretenen Parteien mitgeteilt, dass er weitere Gespräche am Runden Tisch in nächster Zeit nicht als zweckmässig erachte. Er nahm eine vertiefte Zusammenarbeit mit der Finanzkommission in Aussicht. Am 11. Juni 1999 sind Parteien und Finanzkommission diesbezüglich auch noch mündlich über die Überlegungen des Gemeinderats und den Stand der Arbeiten informiert worden.

Zusammen mit dem Voranschlag 2000 ist in der Zwischenzeit auch der Finanzplan 2000 – 2003 zuhanden des Stadtrates verabschiedet worden. Der Finanzplan wurde so ausgestaltet, dass er als Sanierungsplan nach Artikel 137 des Gemeindegesetzes dienen kann; dem Regierungsrat wurde ein entsprechender Antrag eingereicht.

Der Gemeinderat arbeitet gegenwärtig intensiv an der bereits genannten **Portfolio-Analyse**. Im Rahmen dieser strategischen Positionierung **aller** durch die Stadt erbrachten Dienstleistungen wird jede Aufgabe hinterfragt. Für jede Aufgabe wird die zukünftige Strategie festgelegt und es werden hierfür Sparziele und -massnahmen beschlossen. Dabei werden auch Aufgaben erneut unter die Lupe genommen, bei denen bisher (zusätzliche) Sparmassnahmen als nicht vertretbar angesehen wurden. Die Ergebnisse der Portfolio-Analyse liegen noch nicht vor, weshalb keine Ausführungen über zusätzliche Sparbeschlüsse, welche auch die in der Motion genannten Aufgaben betreffen, gemacht werden können. Der Gemeinderat überprüft jedoch, wie ausgeführt, sämtliche Dienstleistungen der Stadt Bern, weshalb er grundsätzlich bereit ist, die vorliegende Motion in Form eines **Postulats** entgegenzunehmen. Zu verschiedenen Punkten der Motion kann auch vor dem Hintergrund der laufenden Portfolio-Analyse bereits definitiv Stellung genommen werden, weshalb hier die Umwandlung in ein Postulat abzulehnen ist. Es handelt sich durchwegs um Forderungen, welche (teilweise mehrfach) bereits Gegenstand parlamentarischer Vorstösse und detaillierter Abklärungen waren. Für folgende Ziffern der Motion lehnt der Gemeinderat die Umwandlung in ein Postulat ab:

Ziffer 5: Umwandlung des EWB in eine Aktiengesellschaft

Stellungnahme des Gemeinderats:

Im Hinblick auf die Liberalisierung des Energiemarktes wurde die Direktion der Stadtbetriebe beauftragt, zu Handen des Gemeinderats ein Vorgehenskonzept zu erarbeiten, in welchem die Strategie für EWB und GWB aufgezeigt wird. In diesem Zusammenhang wurde auch die Frage einer eventuellen Umwandlung des EWB in eine Aktiengesellschaft sowie ein Verkauf der Aktien an andere Träger geprüft.

Aus finanziellen Überlegungen (Steuerfolgen bei einer AG) sowie politischen Gründen (geringe Akzeptanz einer Verselbständigung in Form einer Aktiengesellschaft) hat der Gemeinderat beschlossen, bei der Ausgliederung der beiden Werke EWB und GWB die Rechtsform der selbständig öffentlich-rechtlichen Anstalt zu wählen. Am 7. April 1999 wurden zudem im Gemeinderat die Gründe zur Kenntnis genommen, warum ein Verkauf des EWB im heutigen Zeitpunkt falsch wäre:

- Momentaner Abwärtstrend der Bewertung von Elektrizitätswerken (langfristig aber interessante Renditemöglichkeit, so dass der Wert wieder steigen kann).
- Querverbundstrategie EWB-GWB (Optimierung der Erzeugungsstruktur, Optimierung der eigenen Aktivitäten), was langfristig wiederum zu einem höheren Wert führen könnte.
- Arbeitsplatzsicherung: Ein Verkauf könnte eine Verlagerung der Arbeitsplätze sowie sozialpolitische Folgen haben.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt der Gemeinderat dem Stadtrat, Ziffer 5 als Motion abzulehnen.

Ziffer 11: Festlegung einer abgestuften Sparvorgabe in % des Globalbudgets während mehrerer Jahre (jedes Jahr etwas mehr, z.B. 3 %, 5 %, 10 %) für die NSB-Projekte

Stellungnahme des Gemeinderats:

Die vorgeschlagenen Sparvorgaben widersprechen dem System von NSB. Vorgeschlagen werden lineare Kürzungen, ohne dabei festzulegen, wo Abstriche in der Leistungspalette vorgenommen werden können. Mit NSB wird jedoch versucht, Finanzen und Leistungen als untrennbare Einheit für Entscheidungen auf allen Stufen zu verbinden. Dies bedeutet: politische Entscheidungen sollten sich nicht einseitig auf Finanzaspekte stützen, sondern ebenfalls die Leistungs- und Wirkungsseite einbeziehen. Soll eingespart werden, ist zwischen den politischen Behörden auszuhandeln und zu entscheiden, wo und wie dies geschehen soll.

Das vorgeschlagene Vorgehen würde zu einer ungerechtfertigten Schlechterstellung der NSB-Piloten gegenüber den anderen städtischen Verwaltungsabteilungen führen. Die NSB-Projekte stellen zudem diejenigen Teile der Stadtverwaltung dar, die durch die Einführung des NPM-Ansatzes bereits Effizienzsteigerungen realisiert haben und dabei insbesondere auch einen grossen zusätzlichen Arbeitsaufwand für die Einführung geleistet haben.

Die Kostenrechnung und das NSB-Modell als solche sind kein Ersatz für politische Entscheidungen. Vielmehr liefern Kostenrechnung und NSB die Grundlagen für entsprechende Entscheide, wie z.B. die gezielte, leistungsbezogene Mittelzumessung. Der Stadtrat hat es jährlich mit der Behandlung der Produktgruppenbudgets in der Hand, den Aufwand und den Leistungsumfang bezogen auf die einzelnen Produktgruppen festzulegen und auf diesem Wege Einsparungen in die Wege zu leiten.

Aus den genannten Gründen beantragt der Gemeinderat dem Stadtrat, Ziffer 11 der Motion abzulehnen.

Ziffer 13: Verzicht auf die Einführung der ab 1. Januar 2000 geplanten Arbeitszeitverkürzung um 4,76% oder 2 Stunden pro Woche

Stellungnahme des Gemeinderats:

Am 4. Juni 1998 stimmte der Stadtrat einer Änderung des Personalreglements im Zusammenhang mit der Verkürzung der Arbeitszeit von 42 auf 40 Wochenstunden bzw. um 4,76 Prozent zu. Sie gilt als Massnahme zur Einsparung von Personalkosten: Das Personal trägt die Hälfte der Kosten selbst, indem es auf den Ausgleich von insgesamt 2,38 Prozent Teuerung verzichtet. Die Mehrkosten für Personalaufstockungen bei den Turnus- und Schichtbetrieben (ca. 35 Stellen) und für die Ausrichtung einer befristeten Überbrückungs-Sozialzulage liegen deutlich unter den Minderkosten durch Nichtausgleich der Teuerung auf Löhnen und Renten. Am 15. Oktober 1998 stimmte der Stadtrat einer Verschiebung der Einführung der Arbeitszeitverkürzung vom 1. Januar 1999 auf einen vom Gemeinderat zu bestimmenden Zeitpunkt zu, weil der anvisierte Spareffekt als Folge der geringen Jahresteuersatzrate auf Jahresbeginn 1999 hin nicht eingetreten wäre. Der Gemeinderat bekräftigte, dass er die Massnahme dann einführen werde, wenn dies zumindest kostenneutral erfolgen könne. Der Stadtrat genehmigte das Vorgehen mit 49 Ja gegen 1 Nein bei 14 Enthaltungen. Bei dieser klaren Zustimmung durch den Stadtrat sieht der Gemeinderat keine Veranlassung, auf die Einführung der Arbeitszeitverkürzung zu verzichten. Er lehnt Ziffer 13, die ohnehin ein Postulat darstellt, ab.

Ziffer 26: Sofortiger Abschluss der hängigen Leasinggeschäfte

Stellungnahme des Gemeinderats:

In den USA hat Mitte März 1999 das Finanz-Departement neue Anweisungen für die steuerliche Handhabung für Einkommen im Zusammenhang mit Leasing-Transaktionen publiziert. Diese Anweisungen nehmen die niedrigste Stufe in der amerikanischen Gesetzgebung ein; sie stellen Richtlinien dar, haben aber keine definitive rechtliche Auswirkung. Der US-Leasing-Markt befindet sich gegenwärtig in einer Neuausrichtung, doch ist absehbar, dass Immobilien für Investorinnen und Investoren nicht mehr attraktiv genug sind. Der Gemeinderat verfolgt wegen des nun fehlenden Marktes die Idee der Leasinggeschäfte nicht mehr weiter. Er beantragt deshalb, Ziffer 26, die ein Postulat darstellt, als nicht realisierbar abzulehnen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen; es ist jedoch bereit, den Vorstoss mit Ausnahme der Ziffern 11, 13 und 26 als Postulat entgegenzunehmen.

Fraktionserklärungen

Für die FDP-Fraktion spricht *Adrian Haas* (FDP): Wir haben im Büro des Stadtrates und in der FIKO verlangt, dass diese Motion gemäss Stadtratsreglement fristgerecht vorgelegt wird. Obwohl dies versprochen wurde, ist der Vorstoss am Schluss der heutigen Traktandenliste gelandet. Dank der Annahme des Antrages zur Veränderung der Traktandenliste von Christoph Stalder (FDP) letzten Donnerstag, können wir den Vorstoss nun noch knapp vor dem Budget beraten. Nach Ratsreglement hätte er noch vor dem 11. September vorgelegt werden müssen. Es macht den Anschein, dass der Gemeinderat den Vorstoss bewusst verschleppt hat. Seine Antwort ist denn auch äusserst dürftig, sie erfüllt die Anforderung an die seriöse Behandlung von Geschäften nicht. Immerhin bestreitet der Gemeinderat alle Motionspunkte, begründet dies aber nur bezüglich den Punkten 5 und 11. Der Vorstoss kommt ihm offensichtlich ziemlich ungelegen. Artikel 57 unseres Ratsreglementes sieht für Fälle, in denen Vorstösse nicht begründet werden, dass sie ohne Antwort des Gemeinderats traktandiert werden können, wie dies in diesem Fall weitgehend geschehen ist. Wir erwarten allerdings, dass die Finanzdirektorin die fehlenden Antworten im Verlauf der Diskussion nachliefern wird. Noch etwas zum Vorgehen: Unser Vorschlag ist, nach den Fraktionserklärungen und allfälligen Einzelvoten punktweise vorzugehen und abzustimmen. So ist die Beratung sinnvoller, als zu Beginn jeweils zu den einzelnen Punkten Stellung zu nehmen. Eine formelle Bemerkung: Die Punkte 1 bis 12 sind als verbindliche Motion eingereicht worden und werden vom Gemeinderat begründungslos bestritten. Punkt 2 werden wir in ein Postulat umwandeln, die Begründung folgt. Die Punkte 13 bis 26 sind ein Postulat, es sind allesamt ernsthafte Prüfungsaufträge. Aus der Diskussion zum Finanzplan ist klar hervorgegangen, dass ein Sanierungsbedarf vorhanden ist und wir aus eigener Kraft in der Stadt etwas unternehmen müssen. Wir können nicht immer warten, bis der Kanton oder der Bund allenfalls handelt oder die Wirtschaftslage sich bessert. Aus diesem Grund haben wir eine Motion erarbeitet, wir möchten eigentlich eine Art zweites Sanierungspaket daraus machen. Deshalb sind es nicht 26 einzelne Vorstösse, sondern ein Versuch, ein Paket zu konzipieren. Ich bitte, mitzuhelfen, ein solches zu schnüren. Ganz allgemein zum Inhalt: Die Vorstösse führen nirgends zu einem schmerzhaften Leistungsabbau, sondern zu einer effizienteren Aufgabenerfüllung. Viele davon beinhalten die Aufgabe, Aufträge auszuschreiben und vom Wettbewerb in der Privatwirtschaft zu profitieren, der meist zu günstigeren Auftragserfüllungen führt. Wir wollen weder einen sozialen Abbau noch die Stadt zu Tode sparen. Das Postulat zur Überprüfung der Subventionen unter 100'000 Franken ist das einzige, aber dort steht geschrieben, dass es sozialverträglich bleiben solle. Selbstverständlich gibt es noch andere Ideen, Rudolph Schweizer (SVP) hat sie angesprochen, die nicht im Vorstoss enthalten sind, und dazu führen, bessere Steuerzahler in die Stadt zu holen. Eine solche Idee ist vertreten, Urs Jaberg (FDP) wird darüber sprechen, in der es darum geht, die Backofficebereiche in der Stadtverwaltung aus dem Stadtzentrum auszulagern, es würde letztlich dazu dienen, die Altstadtliegenschaften an Steuerzahler zu vermieten, welche zur Hebung unseres Steuersubstrates beitragen würden. Ich bitte also um Unterstützung für die Schnürung eines Finanzpaketes.

Peter Sigerist (GB) für die GB/JA!-Fraktion: Ich hoffte auf eine vernünftiger und weniger polemische Finanzdebatte heute Abend, nach diesen Voten muss ich meinen Ton auch ändern. Wie sich Kollege Haas aufplustert, als hätte er ein alternatives Finanzprogramm zur Rettung der Stadt, ist unglaublich. Dieser Wisch da hat nicht mehr Wert als ein Propagandaflugblatt, das auf der Strasse verteilt wird, um oberflächlich ein paar Ideen in die Runde zu werfen. Martin Frick, freisinniger Stadtratspräsident, hat 1997 eine Schulung für alle neuen Ratsmitglieder veranstaltet und erklärt, welche Anforderungen an einen Vorstoss gestellt werden. Man solle zum Thema recherchieren und sich immer fragen, ob ein solcher Vorstoss überhaupt nötig sei. Nun muss man hier in der Antwort des Gemeinderats zu Recht wieder lesen, wie oft zu diesen Vorstössen schon diskutiert wurde, die hier schnell, schnell zusammengestellt sind. Es ist alles nachzulesen in den Ratsprotokollen. Wenn wir auch kurz etwas zum Formalen sagen wollen; wie Adrian Haas dies eingereicht hat: Er wusste nicht, was eine Motion und was ein Postulat ist, immerhin hat er das vorhin noch begriffen. Er hat die Motion einfach in Textbausteinen seiner früheren Vorstössen aus dem Computer geholt. Dies als seriöses alternatives Finanzprogramm zu präsentieren, ist mit Verlaub hanebüchern, eine Verballhornung dieses Ratsbetriebes. Martin Frick meinte auch, im Interesse des

Ratsbetriebes solle man nicht zu viele Vorstösse gleichzeitig einreichen und lange dazu sprechen, wie das Adrian Haas getan hat. So sind die Motionen auch nicht rechtzeitig zu beantworten, wie es übrigens auch vielen anderen Vorstössen ergeht. Jammern - Nur die Person, die diese Motion geschrieben und eingereicht hat, jammert über die bösen Medien und Ratskolleginnen und -kollegen. Der eigentliche politische Inhalt dieses überflüssigen Vorstosses verneint einmal mehr – wie die Motion Hügli, die vor ein paar Wochen verworfen worden ist - die Schlüsselfrage der Finanzsanierung in den vergangenen und kommenden Jahren: Die Rolle der Zentrumsstädte in unserem Staatswesen. Es handelt sich bei den Zentrumslasten um ganz andere Summen als schlussendlich aus den überwiesenen Motionen resultieren würde. Der Motionär hat zwar keine konkreten Zahlen gerechnet, aber auch nur ungefähr kommt man auf Summen, die nicht einmal einer Steuerfusserhöhung entsprechen. Selbst mit dieser reicht es nicht, wenn die Zentrumslasten nicht abgegolten werden, die laut den freisinnigen Motionären eine Ablenkung von den realen Problemen ist. Das ist die Realität, und der ganze Geist und die Logik hinter dieser Motion kann nur eine Antwort hervorrufen: Die Verwerfung dieses Vorstosses, gleich der Motion Hügli. Es ist unverständlich, weshalb der Stadtberner Freisinn eine Finanzpolitik wie die Zürcher SVP betreibt und nicht wie dort die FDP, nämlich was hier RGM tut. In Zürich setzten sie einen vernünftigen Lastenausgleich mit dem Kanton durch, der Freisinn setzte sich an vorderster Front bei der kantonalen Abstimmung dafür ein und erreichte eine grosse Mehrheit, während die dortige SVP dies bekämpfte. Die FDP-Fraktion sollte sich ein Beispiel an der freisinnigen Zürcher Finanzpolitik – mit dem Argument: Im Interesse des Wirtschaftsstandortes Zürich – nehmen. Dies als Appell: Wenn der FDP der Wirtschaftsstandort Bern wichtig ist, sollte sie aufhören mit dieser Obstruktionspolitik, die inhaltlich nichts bringt. Weshalb lädt sie nicht ihre Zürcher Kollegen oder den Nationalrat François Loeb ein, der am 2. September 1999 in der NZZ sagte: Es gibt einen Optimismus, ja eine Aufbruchstimmung in Bern. Er präsentiert dem Zürcher Publikum wie eine Werbeaktion Bern als Beispiel, wie sich eine Politik im Interesse der Bevölkerung und Wirtschaft entwickeln lässt. Diskutieren Sie einmal mit ihm, weshalb er zu diesem Schluss gekommen ist und hören Sie auf mit dieser Griesgrämigkeit und Kleinkrämermentalität; bieten Sie statt dessen wie der Zürcher Freisinn Hand zu einer gemeinsamen Finanzpolitik.

Für die SVP-Fraktion *Beat Schori* (SVP): Was Peter Sigerist hier abgezogen hat, hat mit politischem Stil nichts mehr zu tun, eher mit Selbstdarstellung. Er hätte besser sachlich zur Vorlage Stellung bezogen, als Polemik zu betreiben. Die Antwort der Gemeinderats auf die heutige Motion war aus unserer Sicht eher mager. Die SVP-Fraktion wird den Eindruck nicht los, der Gemeinderat wolle gar nichts unternehmen, um die Stadtfinanzen wieder ins rechte Lot zu bringen. Es wird nach wie vor mit der grossen Kelle angerührt; niemand der Anwesenden kann es sich im privaten Haushalt leisten, sich so zu verhalten, da es unweigerlich einen Konkurs zur Folge hätte. Die Devise des Gemeinderats muss sein, maximal so viel auszugeben wie hereinkommt, ohne Steuererhöhungen. Es ist ungeschickt, Vermögenswerte zum Löcherstopfen zu benutzen. Die vorliegende Motion listet 26 konkrete Vorschläge auf, wie die Ausgaben reduziert werden könnten; leider zeigt der Gemeinderat keinen Willen, etwas zu unternehmen. Er lehnt ganz im Gegenteil die Motion ab und ist lediglich bereit, den Vorstoss mit Ausnahme der Punkte 11, 13 und 26 als Postulat entgegenzunehmen, anders gesagt lehnt er es ab, sich ein Sparpaket verordnen zu lassen. Dafür gehen zwei Gemeinderätinnen in die Offensive und verkünden dem Kanton via Presse, es sei eine Unverschämtheit, mit der Entlastung der Lehrerinnen- und Lehrerlöhne zuzuwarten bis der Lastenausgleich zum Tragen komme. Es geht bei diesem Streitpunkt bekanntlich um zirka neun Millionen Franken. Die SVP-Fraktion verurteilt solche Eskapaden, weil sie nicht zum guten Einvernehmen mit dem Kanton beitragen. Wir fordern den Gemeinderat auf, Führungsqualitäten wahrzunehmen, das heisst agieren und nicht reagieren. Er sollte Massnahmen treffen, die nicht die Steuererhöhung als Lösung für die Sanierung sehen, sondern Sparmassnahmen. Ich fordere alle im Raum, denen das Sparen ernst ist, auf, der Motion zuzustimmen, wie es die SVP-Fraktion tun wird.

Peter Stucki (EVP) spricht für die GFL/EVP-Fraktion: Beim Durchlesen dieses Motionstextes bin ich stark an einen Ausverkauf erinnert worden. In vielen Läden steht während dieser Zeit

gut sichtbar ein Ramschkorb, in dem man nach Belieben herumwühlen kann in der Hoffnung, etwas Passendes zu finden. Leider finden sich häufig Ladenhüter, die im Vorfeld der Kundenschaft erfolglos angepriesen worden sind, auch hat es manchmal ein wenig minderwertige Ware drin. Die FDP legt heute mit ihrer Motion einen solchen Korb vor und unsere Fraktion hat ausgiebig darin herumgewühlt. Es wird wohl nicht ausschliesslich Propagandamaterial sein. Zuerst schauten wir die Etikette an und stellten Erstaunliches fest: Es ist ein doppelter Etikettenschwindel. Die Vorschläge sind zumeist nicht auf dem Mist der FDP gewachsen, sondern stammen aus der Verwaltung. Beim Lesen fiel auf, dass der Titel so nicht stimmt: Auf der ersten Seite wird nur geklagt und gejammert. Deshalb hat die GFL/EVP-Fraktion die Motion schnell umgetauft: Klagen statt Jammern. Dieser Titel passt wohl besser. Es stimmt nicht, dass nichts getan wurde: Zwischen 1994 und 1998 sind die Ausgaben um 64 Millionen Franken oder 6,3% gekürzt worden. Wir entdeckten vieles, das schon früher im Rat diskutiert wurde, es sind Ladenhüter, die man schon früher ablehnte und die jetzt frisch gewaschen wieder daherkommen, als Beispiel die Aufhebung der Schulzahnklinik. Es gibt keine neuen Argumente dafür, deshalb kann es im Korb bleiben. Dort befindet sich auch die Redimensionierung der Stadtgärtnerei, dazu ist gerade ein Prüfungsbericht auf ein Postulat erschienen. Ein paar Punkte erscheinen trotzdem überprüfungswürdig. Dem Punkt 5 über das EWB stimmt die GFL/EVP-Fraktion als Postulat zu; wir sind der Meinung, es lohne sich, nicht nur auf die Rechtsform einer öffentlich-rechtlichen Anstalt zu setzen. Eine genauere Prüfung ist nötig, und wir erwarten mit der Eingabe eines Postulats eine seriöse Abklärung, die dem Stadtrat auch vorgelegt wird. Punkt 7 über die Liegenschaften und Restaurants wird als Motion überwiesen. Die Stadt muss nicht im Besitz von Restaurants, Alpen- und Viehrecht und Ähnlichem sein, diese Zeiten sind vorbei. Auch hier könnte gespart werden. Mehrheitlich unterstützt die GFL/EVP-Fraktion auch den Punkt 10 über die Liegenschaftsverwaltung als Motion. Der Zeitpunkt ist zwar unglücklich, die Motion liegt nun aber da und wir sind zur Stellungnahme gezwungen. Vielleicht ist der Moment trotzdem nicht so falsch, da der FIKO versprochen wurde, die Reorganisation der Liegenschaftsverwaltung bis nächsten Frühling abzuschliessen. Eine Motion kann da mehr Entscheidungsgrundlage schaffen als ein Postulat, da sie konkrete Vorschläge garantiert. Wenn die Liegenschaftsverwaltung tatsächlich günstiger werden kann, lohnt sich eine Prüfung. Wenn die Liegenschaftsverwaltung ausgelagert wird, dann nur mit klaren Auflagen und der Erhaltung des sozialen Aspektes. Der Wechsel von der Objekt- zur Subjekthilfe wird von GFL/EVP sowieso unterstützt. Wenn gespart würde, sind die Gelder in der Subjekthilfe sinnvoller einzusetzen. Erstaunlicherweise hat die FDP die Direktion ihres eigenen Gemeinderats ausgeklammert, dort gäbe es einiges einzusparen. Die GFL/EVP-Fraktion reicht deshalb heute eine Motion ein: ‚Anpacken statt jammern; Polizeidirektion nicht vergessen‘.

Für die SP-Fraktion *Edith Olibet* (SP): Die SP-Fraktion hat sich in der Diskussion dieses Jumbovorstosses, der aus vielen Déjà-vus besteht, überlegt, ob sie die Sache ein weiteres Mal anpacken solle, oder ob man jammern solle über die Zumutung, weiter über dasselbe zu diskutieren und sich mit der ewig gleichen Argumentation traktieren zu lassen. Es besteht der Verdacht, den Motionären gehe es nur um einen Grund, einmal mehr ein Klagelied über die böse RGM-Mehrheit und ihren mangelnden Sparwillen zu singen. Aus den wiederholten Forderungen lässt sich schliessen, dass der Bürgerblock unsere Argumentation ebensowenig zur Kenntnis genommen hat, wie die bisherigen Antworten des Gemeinderats auf die zahlreichen gleichartigen Vorstösse. Auch die vergangenen negativen Abstimmungsergebnisse haben sie verdrängt oder nicht wahrgenommen. Die Ausgangslage: Der erste Abschnitt enthält vor allem Selbstmitleid. Der lobende Hinweis auf den Kanton kann man mit dem Hinweis auf den zweiten Titel ‚Sanierung der Stadtfinanzen aus eigener Kraft‘ nicht nachvollziehen. Der bürgerlich dominierte Kanton weist bis heute einen Verlustvortrag von 4,1 Milliarden Franken aus. Es darf dabei nicht verschwiegen werden, dass die Gemeinden sich nebst anderen Abwälzungen auch ein Griff in die Steuerkasse gefallen lassen müssen, der noch andauert. A propos Kantonsregierung: Der Regierungsrat hat erst auf das Jahr 2002 ein Konzept zum Abbau des Verlustvortrages versprochen. Es ist uns schleierhaft, wie der Kanton der Gemeinde ein Vorbild sein soll. Im zweiten Abschnitt der Motion findet sich ein Lichtblick: Einmal wird ansatzweise bestätigt, dass gespart worden ist. Zum vierten Abschnitt zur angeblich kontraproduktiven Steuererhöhung: Zur Abwanderung aus Steuergründen existieren

keinerlei Belege, das hat der Regierungsrat diese Woche im Grossen Rat auf zwei Interpellationen in dieser Sache geantwortet. Wie Irène Marti schon erwähnte, hat sich Burgdorf rühmen können, seine Finanzen seien mit dem Steuerfuss 2,5 im Griff. Wer Finanzen wirklich in den Griff bekommen will, der muss auf der Einnahmeseite ein Gleiches tun. Im sechsten Abschnitt wird der Bevölkerungs- und Betriebsverlust als Argument benutzt, um einen Verwaltungsabbau zu fordern. Tatsache ist, dass sich die Zahl der Arbeitsstätten zwischen 1985 und 1995 von 8500 auf 9400 erhöht hat. Die Zahl der Beschäftigten in der Stadt Bern ist im gleichen Zeitraum von 136'000 auf 143'000 gestiegen. Die Pendlerinnen und Pendler verursachen Kosten für Leistungen, die nicht von ihnen selbst getragen werden, nicht zuletzt wie Frau Bommeli in Bremgarten, der nur ein Ort zum Wohnen ist. Über das Problem des Bevölkerungsrückganges muss man nicht diskutieren, wir sind uns mindestens im Problem einig. Die Aussage, man singe weiterhin das Klagelied des ungenügenden Lastenausgleiches, kann die SP-Fraktion gelinde gesagt nicht begreifen. In der Wissenschaft, in Studien, beim Kanton und in anderen Städten wird die Problematik der Lasten für die Zentrumsstädte anerkannt. Sie sind keine RGM-Erfindung. Adrian Haas persönlich hat im September 1995 mit einem Postulat eine unabhängige Studie dazu verlangt. Nun liegt sie vor, die Lasten betragen netto 60 Millionen Franken, und es ist wieder nicht recht. Anstatt die Abgeltung der Zentrumslasten vehement einzufordern, agiert Herr Haas dagegen. Solche Aussagen sind mehr als schädlich für die kommende Debatte über das Finanz- und Lastenausgleichsgesetz. Zu den Forderungen unter dem Titel 'Was ist konkret zu tun?': Die SP-Fraktion hat den Beurteilungsmassstab für die einzelnen Punkte folgendermassen angelegt: Wir wollen keine Leerläufe produzieren, deshalb verzichten wir auf einen detaillierten Kommentar, nicht, weil es dazu nichts zu sagen gibt, sondern weil Wiederholungen zu vermeiden sind. Unsere Argumente können in den meisten Fällen in den Ratsprotokollen nachgelesen werden. Die Antwort des Gemeinderats wurde von den Herren Haas und Schori bemängelt, sie hat sich dem Vorstoss angepasst. Die Ausführungen zeigen, dass die SP-Fraktion keinen Sinn in der Überweisung dieses Vorstosses sieht, sie will keine Pro-Forma-Überweisungen. Wir lehnen deshalb gesamthaft ab, dass der Gemeinderat den Vorstoss mit Ausnahme dreier Punkte als Postulat entgegennehmen will, wenn man an die Fülle von Antworten auf vergangene Postulate denkt. Die SP-Fraktion ist sich bewusst, dass weitere Massnahmen zur Sanierung der Stadtfinanzen nötig sind, jedoch nicht auf diese zufällige Art. Wir erwarten die Ergebnisse der Aufgabenanalyse mit Spannung, einer Forderung der SP Stadt Bern an den Gemeinderat. Diese wird eine seriöse Entscheidungsgrundlage liefern. In diesem Sinne bitten wir Sie, den ganzen Vorstoss als Motion oder als Postulat abzulehnen.

Einzelvoten

Bernhard Pulver (GFL): Wir werden mit Steuerfuss 2,3 oder 2,4 sowieso weitere Defizite haben, unserer Ansicht nach eine unhaltbare Situation. Wir können den Spielraum zukünftiger Politiker und Generationen nicht einschränken, indem wir derartige Fehlbeträge aufhäufen. Auch die Stadt darf nicht so eingeschränkt werden, dass der Kanton einschreiten muss, um die Kürzungen zu bestimmen. Einerseits braucht es Massnahmen auf der Einnahmeseite, wir werden die Steuererhöhung auf 2,4 unterstützen. Andererseits braucht es auch auf der Ausgabeseite Massnahmen. Diese Steuererhöhung und das Budget wird nur angenommen, wenn auch klare Zeichen gesetzt werden: Nicht nur vom Sparen sprechen, sondern auch etwas tun. In der Frage der Chance von 2.4 werden diese Zeichen entscheidend sein. Deshalb kann mit diesem Vorstoss nicht so umgegangen werden, wie dies zum Teil der Fall ist. Diese Motion ist ein Versuch einer Zusammenstellung möglicher Sparmassnahmen. Sie ist selbstredend Wahlkampfgejohle der FDP, die der RGM-Seite gerne den Schwarzen Peter zuschiebt. Tappen wir nicht in diese Falle. Es ist komisch, wenn kategorisch abgelehnt wird, ohne den Vorstoss auf Brauchbares zu prüfen. Vieles ist Propaganda, einige Punkte sind aber brauchbar. Der Gemeinderat handelt richtig, wenn er den Vorstoss als Postulat entgegennimmt. Diese Punkte sollten mit der Portfolioanalyse auch geprüft werden. Die Prüfung jetzt abzulehnen ist ein völlig falsches Signal vor der Budgetsitzung. Die Postulate sollten als solche behandelt werden, und es gibt Bereiche, die als Motion überwiesen werden sollen. Man kann nicht immer von Regionalisierung sprechen und dann den KVA-Punkt nicht als Motion überweisen wollen. Auch den Punkt über die Liegenschaften werde ich persönlich

überweisen, die Wohnbaupolitik ist Sache des Staates, nicht jedoch deren Verwaltung, die einem Privaten abgegeben werden kann. Wir werden die Motion prüfen und wo wir uns im Klaren sind, auch überweisen.

Stephan Hügli (FDP): In welcher Situation befindet sich die Stadt? In der Diskussion mit dem Kanton stellt sich die Frage, ob wir die Verantwortung für unsere Finanzen dank dem Sanierungsplan noch wahrnehmen können. Privatwirtschaftlich gesagt befinden wir uns bald in einem Nachlassstundungsverfahren. Die Situation ist schlecht, und man muss Konsequenzen ziehen. Unsere Vorstösse sind nicht allzu schmerzhaft, in einer nächsten Phase werden die Massnahmen einschneidender sein. Wenn der Kanton die Finanzhoheit der Stadt übernehmen muss, wird aus verschiedenen Gründen niemand zufrieden sein. Das es immer die gleichen undurchdachten Dinge seien, dazu Folgendes: ein Teil stammt aus dem Direktionssekretärenpapier, einen anderen haben wir schon eingereicht, damals waren jedoch die Situation und die Versprechungen der Finanzdirektorin rosiger, vor drei Jahren hiess es, bis ins Jahr 2000 oder 2001 seien die Finanzen im Griff. Die Situation hat sich verschlechtert und rechtfertigt, Dinge wieder hervorzunehmen, die vorher nicht notwendig waren. Wir steuern immer schneller dem Abgrund zu, und man sollte sich nun von Ballast trennen, der vorher erhalten werden konnte. Die Summe, die angeblich nicht einmal einen Steuerzehntel ausmache, variiert je nach Ausgestaltung der Vorstösse. Durch Nichtersetzung vakanter Stellen Personal abzubauen ohne Sozialabbau zu betreiben kann durchaus grössere Auswirkungen als ein Steuerzehntel haben. Unsere Absicht ist, der RGM-Seite die Chance zu geben, ihre Haltung zu überdenken und frühere Entscheide zu korrigieren. Ich bitte deshalb, den Vorstössen in Motions- oder mindestens in Postulatsform zuzustimmen.

Hans Peter Riesen (SD): Die Motion geht in die richtige Richtung und ist nicht überflüssig, wie Herr Sigerist weismachen wollte. Wir können einigen Punkten nicht zustimmen, dies in der Detailberatung. Wenn von der RGM-Seite eine Motion zu nicht notwendigen Trottoirabsenkungen für 36 Millionen Franken eingereicht und sie vom Stadtrat angenommen wird, die gleichen Leute uns helfen wollen, die Finanzen zu sanieren, dann wird es unglaublich. In der Stadtkasse muss etwas passieren, die SD kann die Situation so nicht hinnehmen.

Finanzdirektorin Therese Frösch: Eine kurze Bemerkung: Wenn die FDP-Seite nach Anfragen bezüglich Fristeneinhaltung vor Publikum und Presse einfach lügt, sehe ich das nicht gern. Die Motion wurde fristgerecht beantwortet; im Ratsreglement, Artikel 57, Absatz 2 steht dazu: ‚Die Motion wird dem Rat zur Kenntnis gebracht, der Gemeinderat hat sie innerhalb von sechs Monaten zuhanden des Stadtrats zu verabschieden.‘ So ist es geschehen; sie wurde am 11.3.1999 eingereicht, der Gemeinderat hat sie am 31.8.1999 verabschiedet. Wir bemühen uns wirklich, dass keine Verzögerungen vorkommen, dank der scharfen Kontrolle durch das EDV-System. Bernhard Pulver, auf der Seite 15 steht, dass wenn die Bemühungen, Erfolg bringen, unser Budget einen Überschuss aufweisen oder zumindest ausgeglichen sein wird. Herr Pulver behauptet weiterhin, wir hätten mit 2,3 oder 2,4 ein Defizit. Wenn man sich nicht auf die Abmachungen einstellt, die einen Konsens schaffen am Runden Tisch und andernorts, muss es schief gehen. Über die Haltung des Gemeinderats gegenüber der FDP-Motion: Wir nehmen sie zum Grossteil als Postulat entgegen aus einem einfachen Grund: Abgesehen von Leasinggeschäften und Eingriffen wie NSB und linearen Kürzungen, die wir klar nicht wollen, meinen wir, dass wir nicht erst heute anfangen zu sparen, deshalb ist der Vorstoss auch schwierig. Letzten Sommer fand der Runde Tisch statt, dessen Beschlüsse umgesetzt wurden. Das war nicht genug, die Linke forderte eine Portfolioanalyse, bei der die gleiche Methode angewendet wird wie beim Kanton. Nun ist der FDP-Vorstoss da, und es sieht komisch aus, wenn wir ihn jetzt ablehnen. Wir müssen ihn als Postulat entgegennehmen, die Motionen sind intensiv behandelt worden. Man muss alles einsparen, was aufgrund der Portfolioanalyse möglich ist, also wäre es unehrlich, wenn wir es nicht tun würden. Das ist der Grund zur Annahme als Postulat, bis Ende Jahr wissen wir mehr, und können einiges über die Portfoliomethode einbringen. Das wurde alles mit der FIKO besprochen.

Der *Vorsitzende* verkündet die Behandlung der Punkte 1 bis 12 als Motion, Punkte 13 bis 26 als Postulat. Das punktweise Vorgehen wird stillschweigend genehmigt. Die Abstimmungen finden alle unter Namensaufruf statt.

Elsi Meyer (SP) beantragt wegen der ausführlichen Eintretensdebatte eine Redezeitbeschränkung auf zwei Minuten pro Punkt, da man die Budgetbesprechung nicht verzögern wolle.

Beschluss

Dem Antrag wird mit 67 : 3 bei einer Enthaltung stattgegeben.

Punkt 1

Adrian Haas (FDP): Der erste Punkt verlangt eine nachhaltige Reduktion des Verwaltungsapparats der Schuldirektion. In seiner kürzlich in die Vernehmlassung geschickten Vorlage zur Regierungsreform, Stichwort fünf statt sieben, hat der Gemeinderat festgehalten, die Kantonalisierung der verschiedenen Schulen führe in der Schuldirektion ‚zu einer deutlichen Entlastung‘. Somit ist das Anliegen der Motion bestens begründet, wir sprechen uns auch für eine nachhaltige Reduktion aus.

Ueli Stückelberger (GFL): Die GFL/EVP-Fraktion unterstützt die Punkte 1 und 3 nicht als Motion, sondern nur in Postulatsform.

Beschluss

Punkt 1 wird als Motion mit 41 : 29 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Mit Ja stimmten:

Thomas Balmer, Markus Blatter, Konrad Bossart, Peter Bühler, Marcel Eyer, Thomas Fuchs, Hans Ulrich Gränicher, Adrian Haas, Ueli Haudenschild, Stephan Hügli, Urs Jaberg, Alfred Jordi, Annemarie Lehmann, Peter Linder, Anton Maillard, Christoph Müller, Hans Peter Riesen, Heinz Rub, Kurt Rüeggsegger, Erich Ryter, Beat Schori, Rudolph Schweizer, Ernst Stauffer, Hans Ulrich Suter, Katharina Suter, Luzius Theiler, Margrit Thomet, Kurt W. Weyermann, Hansjörg Wittwen

Mit Nein stimmten:

Raymond Anliker, Oskar Balsiger, Sven Baumann, Margrith Beyeler, Peter Blaser, Annette Brunner, Michael Burri, Walter Christen, Marie-Louise Durrer, Marcel Fankhauser, Verena Furrer-Lehmann, Ruedi Hofer, Michael Jordi, Heinz Junker, Esther Kälin Plézer, Regula Keller, Blaise Kropf, Andreas Krummen, Leslie Lehmann, Edith Lörtscher, Liselotte Lüscher, Irène Marti Anliker, Elsi Meyer, Barbara Mühlheim, Rosmarie Okle Zimmermann, Edith Olibet, Bernhard Pulver, Ruth Rauch, Ursula Rudin-Vonwil, Annemarie Sancar-Flückiger, Doris Schneider, Peter Sigerist, Sylvia Spring Hunziker, Ueli Stückelberger, Béatrice Stucki, Peter Stucki, Margrit Stucki, Eva von Ballmoos-Keller, Catherine Weber, René Zimmermann, Andreas Zysset

Enthaltungen:

Kurt Mäusli, Franco Sommaruga

Punkt 2

Adrian Haas (FDP): Das Staatsbeitragsgesetz des Kantons Bern, das hier als Vorbild gelten soll, ist als Rahmengesetz konzipiert. Es enthält wichtige Grundsätze für die Art der Subventionsgewährung und die Ausgestaltung der Tatbestände, z. B. einheitliche Ausrichtungsgrundsätze, Vorschriften über Erfolgskontrolle oder die Verpflichtung zur periodischen Überprüfung der Subventionen usw. Eine gewisse Bindung an die Grundsätze wird erreicht, indem der Gesetzgeber Abweichungen vom Gesetz gut begründen muss. Eine Prüfung eines

solchen Instruments wäre auf Stadtberner Ebene am Platz. Wir haben eine sehr weitgehende Verankerung von Rechtsansprüchen auf Subventionen, ich denke an die Leistungsverträge, die den Anteil der gebundenen Kosten steigen lassen, der im Rahmen des Budgets nicht steuerbar ist. Ein Rahmenerlass wäre zu prüfen, deshalb die Umwandlung in ein Postulat.

Beschluss

Punkt 2 wird als Postulat mit 35 : 33 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

Mit Ja stimmten:

Thomas Balmer, Sven Baumann, Markus Blatter, Konrad Bossart, Peter Bühler, Marcel Eyer, Thomas Fuchs, Verena Furrer-Lehmann, Hans Ulrich Gränicher, Adrian Haas, Ueli Haudenschield, Stephan Hügli, Urs Jaberg, Alfred Jordi, Annemarie Lehmann, Peter Linder, Anton Maillard, Christoph Müller, Bernhard Pulver, Hans Peter Riesen, Heinz Rub, Kurt Rüegsegger, Erich Ryter, Beat Schori, Rudolph Schweizer, Ernst Stauffer, Ueli Stückelberger, Peter Stucki, Hans Ulrich Suter, Katharina Suter-Friedli, Margrit Thomet, Kurt W. Weyermann, Hansjörg Wittwen

Mit Nein stimmten:

Raymond Anliker, Oskar Balsiger, Margrith Beyeler, Peter Blaser, Annette Brunner, Michael Burri, Walter Christen, Marie-Louise Durrer, Ruedi Hofer, Michael Jordi, Heinz Junker, Esther Kälin Plézer, Regula Keller, Blaise Kropf, Andreas Krummen, Leslie Lehmann, Edith Lörtscher, Liselotte Lüscher, Irène Marti Anliker, Elsi Meyer, Rosmarie Okle Zimmermann, Edith Olibet, Ruth Rauch, Ursula Rudin-Vonwil, Annemarie Sancar-Flückiger, Doris Schneider, Peter Sigerist, Sylvia Spring Hunziker, Margrit Stucki, Béatrice Stucki, Luzius Theiler, Eva von Ballmoos-Keller, Catherine Weber, René Zimmermann, Andreas Zysset

Enthaltungen:

Marcel Fankhauser, Kurt Mäusli, Barbara Mühlheim, Franco Sommaruga

Die Sitzung wird um 19.00 unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Der Präsident: *Rolf Häberli*

Die Protokollführerin: *Anna Tschannen*